Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.92, wo letzte Post am Orte Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Insertionsgebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Arbeitsmarkt-, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Auswärtige Inserate 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 61. Mittwoch, den 13. März 1907. 18. Jahrgang.

Ein Richter über die „Unabhängigkeit der Rechtspflege“.

In der bürgerlichen „Frankfurter Zeitung“ finden wir folgenden Artikel, der seines hochwichtigen Inhalts wegen verdient weitesten Kreisen des Volkes bekannt gemacht zu werden. Wir wollen an unserem Teile gern dazu beitragen und geben den interessanten Artikel ohne jeden Komentar vollinhaltlich wieder. Hier ist er:

„Die Dringlichkeit einer Reform unserer Rechtspflege ist durch die von den verschiedenen Parteien im Reichstage eingebrachten Anträge zur Strafprozeßreform aufs neue anerkannt worden. Bei allen den Vorschlägen auf diesem Gebiete muß aber immer das eine betont werden: es kommt nicht so sehr auf die äußere Gestaltung der Reform an als darauf, daß von ihnen heraus andere Anschauungen platzgreifen, daß die Gerichte mehr Verständnis für die Dinge des alltäglichen Lebens gewinnen und sich von dem übermäßigen Formalismus und Bureaukratismus frei machen, zugleich aber auch die richterliche Unabhängigkeit in weit höherem Maße Tatsache wird, als das jetzt der Fall ist. Die formell bestehende richterliche Unabhängigkeit wird in Wirklichkeit durch viele Umstände stark beeinträchtigt, nicht zum wenigsten durch die Rücksicht auf die weitere Karriere, und es sind ja aus früheren Zeiten so manche Fälle bekannt geworden, die ergaben, daß die „Zuverlässigkeit“ der Richter für ihr weiteres Fortkommen recht wesentlich war. Der gesamte Richterstand hat ein dringendes Interesse daran, daß hier gründlicher Wandel geschaffen und für die Durchführung der richterlichen Unabhängigkeit ausreichende Kautelen geschaffen werden, mag man nun zum englischen System übergehen oder innerhalb der bestehenden deutschen Einrichtungen Sicherungsmaßregeln treffen.

Wie es in dieser Hinsicht gegenwärtig bestellt ist, darüber gibt eine kürzlich veröffentlichte Schrift eines Richters interessante Aufschlüsse. In dieser Schrift*) erzählte der Verfasser, Landgerichtsrat Emil Theisen in Düsseldorf, wie es ihm vor einem Dutzend Jahren gegangen ist, als er — er war damals Amtsrichter in Frankfurt a. M. — gegen polizeiliche Mißstände (unzulässige Festnahmen und verspätete Vorführungen, also unnötige Freiheitsentziehungen) einzuschreiten versuchte. Aus seinen Anzeigen entwickelte sich ein Disziplinarverfahren gegen ihn selbst, das zu seiner zwangsweisen Versetzung in ein anderes Richteramt führte, und er behauptet, daß er infolge dieser Affäre seitdem fortgesetzt gegen andere Kollegen zurückgesetzt worden sei. Was er bei dieser Gelegenheit über die richterliche Unabhängigkeit allgemein ausführt, ist so lehrreich, daß schon deshalb die Schrift, die sich an den Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus wendet, besondere Beachtung verdient. Sie gibt die Anregung zu einer Reform des Disziplinargesetze für die richterlichen Beamten dahin, daß diese einem nach Art der Anwaltskammer zusammengesetzten Gerichte unterstellt werden unter Beachtung eines Verfahrens, in welchem vor allem der Grundsatz der Mündlichkeit zur vollen Geltung gelangt. Mit dieser Forderung würden aber nur zu einem kleinen Teil die Mißstände beseitigt werden, auf welche die Schrift hinweist. Die Reform muß viel weitergehen; sie muß bei dem Beförderungswesen Gunst und Mißgunst nach Möglichkeit beseitigen, sie muß dem Unwesen der unkontrollierten Personalakten steuern, und sie muß freilich auch dem Richter ein besseres Disziplinarrecht gewähren, als das jetzt der Fall ist.

*) Unwürdig oder unfähig? Ein Kampf um die Ehre und um die Unabhängigkeit der Justiz. Von Emil Theisen, Landgerichtsrat zu Düsseldorf. Elberfeld, A. Martini u. Grüttefien.

Der dem Fall Theisen vom Jahre 1894 zur Grunde liegende Tatbestand war nach seiner Schilderung folgender:

Als Richter bei dem Amtsgericht zu Frankfurt a. M., bei dem ihm die Bearbeitung eines Teils der Strafsachen übertragen war, hatte er alltäglich die Wahrnehmung machen müssen, daß bei der Festnahme von Personen und deren Vorführung vor den Richter die zum Schutze der persönlichen Freiheit erlassenen gesetzlichen Bestimmungen von der Polizeibehörde nicht beachtet wurden. Als die Fälle unzulässiger Festnahme und verspäteter Vorführungen sich mehrten, auch bei der Vernehmung Festgenommener sich ergab, daß ihrem Verlangen, sofort dem Richter vorgeführt zu werden, nicht stattgegeben wurde, und der Richter zu der Ansicht gelangte, daß in vielen Fällen der Tatbestand des § 341 St.-G.-B. vorliege, entschloß er sich zur Anzeige bei der Staatsanwaltschaft, da, wie er sagte, Berichte an die Justizverwaltung erfolglos geblieben waren. Dies Vorgehen hatte aber für ihn sehr unangenehme Folgen. Wir können heute nicht mehr auf die Einzelheiten des Falles eingehen, der seiner Zeit viel Aufsehen machte, sondern wollen nur kurz die Hauptsachen erwähnen. Wegen der allgemeinen Form seiner Anzeige über das polizeiliche Vorgehen und der Form, in der er seine Beschuldigungen erhob, erhielt er zunächst eine Mahnung vom Oberlandesgerichtspräsidenten. In dem später auf seinen Antrag eingeleiteten Disziplinarverfahren wurde ihm besonders daraus ein Strick gedreht, daß er der „Frankfurter Zeitung“, welche den Tatbestand schon von anderer Seite erfahren hatte, auf Befragen einige Mitteilungen machte, lediglich zu dem Zweck, um falsche Lesarten zu verhindern und auf die Beseitigung einiger Schärfen hinzuwirken. Daraus machte man eine Verletzung des Amtsgeheimnisses und ohne mündliches Verfahren kam es in der ersten Disziplinarinstanz zur Verhängung einer Geldstrafe. Der dann angerufene Disziplinarsenat des Kammergerichts sah es als erwiesen an, daß die Vorführung der vorläufig festgenommenen Personen vor dem Amtsrichter in einer großen Anzahl von Fällen nicht derart „ohne Verzug“ stattgefunden habe, als dies der Vorschrift der Strafprozeßordnung entsprochen haben würde, erkannte aber doch auf zwangsweise Versetzung in ein anderes richterliches Amt von gleichem Rang wegen der beleidigenden Form der Anzeigen und Bruch des Amtsgeheimnisses. Dabei lag dem Disziplinar-Antrag des damaligen Oberstaatsanwalts Wentzel eine Begründung bei, die von schmählichsten Beleidigungen gegen den Angeklagten strotzte, ohne daß an dieser ungebührlichen Tonart irgendwie Anstoß genommen wurde. Dieser Oberstaatsanwalt leistete sich noch etwas Besonderes durch allerhand unqualifizierbare Angriffe auf die „Frankfurter Zeitung“ und machte es dem Amtsrichter zum besonderen Vorwurf, daß er mit dem schon mit Preßklagen bedachten Redakteur eines solchen Blattes überhaupt verhandelte. Mit dem Herrn Wentzel kann man heute nicht mehr rechten, denn er ist seit einigen Jahren tot. Aber sein ganzes Vorgehen war doch bezeichnend für die herrschenden Rechtsgepflogenheiten und am einen richtigen eine gegen Theisen im mündlichen Gespräch ausgesprochene Drohung, dieser werde, wenn er nicht seine Strafanträge zurückziehe, sein Leben lang darunter zu leiden haben.

Theisen ist seitdem Beisitzer an einem Kollegialgericht geblieben und klagt darüber, daß alle seine Versetzungswünsche unerfüllt geblieben seien, weil er nach Ansicht seiner Vorgesetzten die Justiz zu sehr kompromittiert hätte. Als belastend wurde u. a. auch gegen ihn geltend gemacht, daß er in einer Broschüre die Giltigkeit der landesgesetzlichen Lotterieverbote auf Grund bestimmter reichsgerichtlicher Entscheidungen in Zweifel gezogen hatte. Er ist seitdem fortwährend zurückgesetzt worden, auch da, wo seine direkten Vorgesetzten befürwortend für ihn eingetreten seien.

Für die Oeffentlichkeit besonders wichtig ist nun das, was er über die Gefährdung der richterlichen Selbständigkeit an den Kollegialgerichten mitteilt. Die Kollegialgerichte sollen dem Angeklagten darum die beste Gewähr bieten, weil er nicht verurteilt werden kann, wenn zwei Richter für seine Unschuld stimmen. Und doch ist dieser Schutz oft nur ein scheinbarer, da die Autorität des Gerichtsvorsitzenden auf die selbständige Entscheidung der Beisitzer drückt. So erzählt Theisen, er habe Vorsitzende kennen gelernt, welche einen jüngeren Kollegen deshalb für unfähig hielten, weil dieser nicht ihrer Ansicht beitrat. Als er einmal — vorübergehend — bei der Strafkammer beschäftigt war und sich der Ansicht des jüngeren Kollegen von der Nichtschuld des Angeklagten anschloß, habe der vorsitzende Direktor nicht nachgelassen, bis der jüngere Richter seinem Schuldig zustimmte. Nach der Sitzung fragte er diesen, ob er sich denn wirklich von der Richtigkeit der Ansicht des Direktors überzeugt habe. Der Richter antwortete: wenn er dem Drängen des Direktors nicht nachgegeben hätte, würde dieser ungünstig über ihn berichtet haben. (!) Aehnliche Beispiele werden noch mehrfach erwähnt, zugleich mit Hinweisen darauf, wie durch die drohende Möglichkeit unbequemer Eintragungen in die Personalakten, gegen die der Beamte wehrlos ist, die Unabhängigkeit der Richter am allerschwersten gefährdet ist. Daß darunter das Ansehen der Rechtspflege und des Richterstandes schwer leiden muß, liegt auf der Hand. Wie man in manchen Regierungskreisen selbst über die richterliche Unabhängigkeit gedacht hat, zeigt folgender von Theisen erwähnte Vorfall: Eine Regierung beschwerte sich über einen Richter, weil dieser eine sachliche Kritik des Verteidigers über ein Gutachten von Regierungsbeamten in der Schöffengerichtssitzung nicht zurückgewiesen, auch den Angeklagten freigesprochen habe, weil er dem Gutachten der von der Verteidigung geladenen Sachverständigen, nicht aber demjenigen der Regierungsbeamten beigetreten sei. Am Schlusse der Beschwerde drückte dann der Regierungspräsident den Wunsch aus, daß der Richter bei der Geschäftsverteilung an eine andere Abteilung versetzt werde, weil es den Regierungs-Sachverständigen nicht angenehm sein könne, in anderen Verhandlungen wieder vor jenem Richter zu erscheinen.

Die Beispiele genügen, um zu erkennen, von wie schweren Gefahren die Unabhängigkeit der Rechtspflege bedroht ist, und wie notwendig es ist, daß gerade hier die Reform einsetzt. Mit einigen formalistischen Neuerungen ist es nicht getan, ein anderer Geist muß

Die Heiterethei.

Erzählung von Otto Ludwig.

26

„Ja“, sagt der andere, indem beide gehen, „glaub's schon, daß er niemand in seiner Werkstatt leiden mag, und Weiber am wenigsten. Da muß manch's [illegible] sein.“

Was ist das für ein ander Gefühl, als wenn ihn die Kameraden um Dinge lobten, um die er sich hätte [illegible] müssen!

„Ja, Denken!“ sagt der Fritz, der sich [illegible] auf seiner Zanibank, „Denken macht den Mann, und [illegible] daß er [illegible] [illegible] hat am Leib. Stärk' und Gesundheit sind [illegible], wenn sie richtig gebraucht werden. Und dazu ist das Denken da. [illegible] daß ich meine und anderen ihre Stärk' und Gesundheit [illegible] [illegible] ins Gefühl bracht, weil ich nicht weiter Gedanken [illegible] hab', als zu albernem Zeug. Aber hier will ich mir mein [illegible] Wort darauf geben, in meinem Leben will ich nicht wieder [illegible] werden. Wenn ich nun [illegible] [illegible] aber nur einen [illegible] davon, ich wär' der glücklich' Mensch; und [illegible] andern drum [illegible], ich könnt' [illegible] werden.“ Und die [illegible] sind doch auch nicht so dumm, wenigstens die fremden nicht.“

Aber auch die Zuckerbacher kennt er allmählich [illegible] [illegible], [illegible], weil er sich außerhalb der [illegible] [illegible] mit ihnen und in seinen Gedanken [illegible]. Und es ist ein eigen Ding! In [illegible] Gedanken kann der Mensch sich frei machen; aber [illegible] [illegible] [illegible] Stärke und wenn er sich in [illegible] [illegible] Dann muß er den „Gemeinen“ [illegible] anerkennen, [illegible] durch [illegible], [illegible] [illegible] Tat.

Wenn er nach vollbrachter Tagarbeit in das Gärtchen geht, dann wird das eigene, aus [illegible] und [illegible] Gefühl wieder wach, das ihm die Heiterethei in einem [illegible] mit dem Nagelschmied hat kennen gelernt. Er [illegible] [illegible], [illegible] und die [illegible] Gedanken [illegible] ihm die [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] er geht [illegible] Gefühl [illegible] [illegible] Ursache haben, [illegible] dem ersten Abend-[illegible] in dem Gärtchen [illegible] [illegible] nicht [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

Heute endlich soll er sie wiedersehen, und zwar in größerer Nähe als jenes Mal. Sie kommen, einander jagend, aus der Tür von des Nagelschmieds Stadel in den Garten heraus. Sie [illegible] vor ihm [illegible] an die andere Planke, der Tür gegenüber, dann [illegible] sie sich [illegible] ein schlankes Blütenbäumchen und wendet sich [illegible] in der Richtung nach dem Fritz zu, der [illegible] einem [illegible] Mehl [illegible] steht. Im Mutwillen [illegible] sie über den [illegible] in den Nachbarsgarten, der Nagelschmied [illegible]. Sie [illegible] weiter. Eben wie sie über den [illegible] den Holders-Fritz herein will, ergreift sie der Nagelschmied. Sie [illegible]; er hält sie fest. Sie [illegible] [illegible]. Sie [illegible] sich doch wieder los. „Nun [illegible], Annedorle!“ [illegible] der Nagelschmied. „Du bist [illegible], [illegible] bin gelaufen, oder was es ist, aber es hat verdammt weh.“

Sie meint erst, es ist eine List von ihm, durch die er sie [illegible] will. Aber als er in das Gras sinkt, da kommt sie [illegible]. Sie muß doch glauben, er hat sich beschädigt. Sie kniet bei ihm nieder und sagt herzlich und bedauernd: „Ich bin auch [illegible] dumm!“ „Na,“ lacht der Nagelschmied, indem er sie umschlingt, „[illegible] Du, Annedorle, sonst hätt'st Du [illegible] nicht [illegible].“

Aber nun [illegible] der Holders-Fritz hinter seinem Mehl- [illegible] [illegible], daß die beiden erschrecken und in Eile [illegible], [illegible] sie hergekommen sind.

„[illegible] es ist ja gar nicht die Heiterethei!“ [illegible] er [illegible] Mal und lacht immer wieder [illegible]. Er lacht, daß [illegible] ist, wie er sich [illegible]. [illegible] hat er [illegible]. Er [illegible] Stadel zurück und beginnt im Mondenschein zu arbeiten, [illegible] weiß, was er sonst vor Freude tun soll. Aber [illegible] nicht genug. Er muß wieder aufhören, [illegible] auf der Schnitzbank sitzen, legt die Hände auf [illegible].

„Ich hab' nicht die [illegible] Frau [illegible] [illegible]!“ sagt er vor sich [illegible]. „Es hat schon lang geheißen, der Nagelschmied holt eine [illegible] in die Stadt. Derselbigen hat den Holders-Fritz [illegible] [illegible] gekümmert, drum hat er's vergessen. [illegible] ihm [illegible] ein. „Ja,“ [illegible] er. „Der Nagelschmied ist nicht dumm. Wenn er den Tag gearbeitet hat, dann hat er jemand, mit dem er reden kann. Und das Denken ist doch nur eine [illegible] Sach', wenn man niemand hat, dem man's sagt. Und ich wär' noch hundert Mal so vergnügt, wenn ich eins hätt', das sich mit mir [illegible]. [illegible] nun [illegible] ich's freilich, warum meine alten [illegible] [illegible] [illegible] worden sind, wenn sie [illegible] [illegible] [illegible]. Und [illegible] ich auch selber [illegible]“ [illegible] und [illegible], und [illegible] [illegible] [illegible] zu sein.“

Nun weiß er auf einmal, was ihm fehlt. Und wiederum, nun er's weiß, nun fehlt's ihm erst recht. Das Denken, womit er die Leere seither verdeckt hat, hilft, nun er sie sieht, auch nur sie noch größer machen. Und es freut ihn nicht mehr, weil er's niemand mitteilen kann.

„Wenn Du mich doch hätt'st zur Frau, da könnt noch ein Mann aus Dir werden!“ Das klingt ihm immer noch vor den Ohren. „Ja, sie hat auch darin recht gehabt, die Heiterethei. Und sie hat's doch wohl eigentlich gut gemeint mit allem, was sie mir am Gründer Markt gesagt hat. Und es war gut, daß sie das hat getan. Und wenn ich mir's recht überleg', so hab' ich doch immer an ihre Reden gedacht. Ich wäre doch nicht anders worden ohne die Heiterethei. Weil ich ihr hab' folgen müssen, das hat mich wild auf sie gemacht. Und so wild ich auf sie war, ich hab' doch nicht anders können. Wenn ich ihr das selber könnt' sagen, es wär' doch ein ganz ander Ding. Und sie tät sich drüber freuen.“

Solche Gedanken hätte er noch vor wenigen Wochen mit [illegible] verlacht und sich ihrer geschämt. So [illegible] wirkt Einsamkeit und Einfluß des Aufenthaltes in freier Natur. [illegible] nach nur vor sich selber konnte er sich in solchen [illegible] Gedanken ergeben; dachte er sich in die Welt, unter die Leute zurück, dann schämte er sich in der Denkart, die er [illegible] [illegible] und die er widerwillig teilen mußte, solcher Gefühle desto mehr.

Am anderen Morgen kam seine Großmutter in den Stadel. Sie wollte sich nicht länger zurückhalten lassen, nach ihm zu sehen. Die Gerüchte, die über ihren Fritz in der Stadt umherliefen, konnten ihr nicht fremd bleiben. Sie kam zitternd vor ängstlicher Erwartung und war ganz glücklich, als sie den geliebten Enkel weder still wahnsinnig, noch über schlimmen Plänen brütend fand. Sie erstaunte über [illegible] ein [illegible] Ordnung, die in seiner Werkstatt herrschte, über seinen Fleiß, denn es allein schaffte den Tag über mehr, als früher mit seinen beiden Gesellen zusammen — am meisten [illegible] über sein heiteres, gesundes und freundliches Aussehen. Verdrießen freilich war es ihr, wenn sie ihn mit dem Zeisigvogel reden hörte. Dann glich er in der Tat dem Bilde, wie ihn die Gerüchte malten. Das geschah auch zuweilen, wenn Bekannte draußen vorbeigingen.

Das „Kerle“ [illegible] den Kopf, als er ihr seine Gründe dazu mitgeteilt hatte, aber sie kannte ihn zu gut und war zu klug, um ihre Meinung zu sagen. Auch von den Gerüchten über ihn schwieg sie, um ihn nicht noch mehr gegen die Leute aufzureizen.

(Fortsetzung folgt.)

einzuziehen. Eins scheint sicher zu sein, daß nämlich die Berufsrichter keine größere Gewähr gegen autoritative Einwirkung bieten als Laienrichter. Auf alle Fälle spricht bei den letzteren nicht die Besorgnis vor amtlichen Nachteilen mit, während sie auf der anderen Seite größeres Verständnis für die Bedürfnisse des praktischen Lebens haben. Es wird, wie man auch sonst die Reform gestalten mag, eine verstärkte Heranziehung des Laienelements die beste Sicherheit einer guten Rechtspflege sein, und sie wird am meisten dazu beitragen, ihr erhöhtes Vertrauen und Ansehen zu verschaffen.

Politische Uebersicht.

Das Wetterennen der „Arbeiterfreunde“ im Reichstag.

Im Reichstage wurde am Montag die sozialpolitische Debatte fortgesetzt. Zuerst sprach der bekannte Herr Mugdan. Dieser im Abgeordneten-Almanach als freisinniger Volksparteiler und evangelisch bezeichnete Herr hat den Paarungsgedanken noch inbrünstiger erfaßt, als selbst Herr Arendt. Richters Sozialistenhaß ist mit besonderer Stärke in die Seele dieses seines Nachtreters übergegangen und hat dort alles, was etwa an freiheitlichem Denken und sozialem Fühlen vorhanden war, bis zur Unkenntlichkeit überwuchert. Bisweilen, ganz bisweilen sprießt noch ein soziales Veilchen unter dem scharfmacherischen Gestrüpp empor. So ist Herr Mugdan für Beschränkung der Frauenarbeit und prinzipiell sogar für reine Arbeiterkammern. Aber das waren nur kurze Lichtblicke in dem tiefen Dunkel der Scharfmacherei, in das sich jetzt noch dicke zünftlerische Nebel gemischt haben. Die konservativ-liberale Paarung, die Herr Mugdan so brünstig pries, ist wirklich nicht unfruchtbar. Sie hat die Bekehrung der Freisinnigen Volkspartei nicht bloß zum Dernburgianismus, sondern sogar zum Befähigungsnachweis für Handwerker aus ihrem Schoße geboren. Bald, steht der Verschmelzung von Freisinniger Volkspartei und Antisemiten nichts mehr im Wege.

Nach dem Volksparteiler kam der Reichsparteiler. Der ausgediente Legationsrat und 40fache Millionär Dirksen zeterte über „erpreßte Arbeitergroschen“. Er pries die vom Reichslügenverband geschaffenen gelben Gewerkschaften und befleißigte sich einer Ausdrucksweise, die in bürgerlichen Blättern als Sauherdenton bezeichnet wird. Der gräfliche Greis auf dem Präsidentenstuhle sah sich nicht genötigt, einzuschreiten.

Nachdem Herr Schock sich als „Jungkonservativer“ eingeführt und nach einer baldigen Wiederherstellung des gelösten konservativ-liberalen Ehebandes geseufzt hatte, geißelte der Pole Korfanty mit berechtigter Schärfe die Sozialheuchelei jener Parteien, die hier im Reichstage Sozialpolitik reden und im Dreiklassenhause das Vereinsrecht beschränken. Ein nachträglicher Ordnungsruf des Aufsichtsratspräsidenten Kämpf bestätigte die Richtigkeit der Korfantyschen Ausführungen.

Der Zentrumsabgeordnete Giesberts rieb sich einerseits an den Ausführungen des Genossen Hue, andererseits wandte er sich nicht ohne Schärfe gegen die polizeilichen Schikanen, mit denen der Kulturstaat Preußen die Arbeiterbewegung und die christlichen zu hemmen sucht.

In einer kurzen, aber äußerst wirksamen Rede trat Genosse Hue dem vom Millionär Dirksen wieder aufgewärmten ebenso albernen wie gehässigen Märchen der Mästung der Gewerkschaftsführer aus Arbeitergroschen entgegen. Es ist bemerkenswert, daß auch Herr Giesberts diese [illegible] Angriffe des [illegible] Legationsrates gekennzeichnet hatte. Genosse Hue verwies gegenüber den Dirksenschen Millionärsphrasen [illegible] [illegible] der Sozialdemokratie auf das [illegible] betriebene Bauernlegen, das den Grundstock [illegible] Riesenvermögens gebildet hat. [illegible] [illegible] [illegible] die widerstrebende Reichstagsmehrheit auf den Weg sozialer Reformen gedrängt hat. Nachdem noch der [illegible] [illegible] der ihm eigentümlichen Weise die [illegible] Mittelstandspolitik [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]. Am Dienstag [illegible] [illegible] und Interpellationen, zunächst die über die [illegible], zur Beratung.

Im Abgeordnetenhause

wurde am Montag zunächst gemäß dem Antrage der Geschäftsordnungskommission die Genehmigung zur Strafverfolgung [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

[illegible]

Morgen soll die Besprechung des Eisenbahn-Etats zu Ende geführt werden; dann soll — nach vor Ostern — der Kultus-Etat an die Reihe kommen. Wir freuen wir uns auf das Nahen des heiligen Geistes des Herrn v. Studt.

Vom russischen „revolutionären Banditentum“.

Man schreibt uns: In der „Schlesischen Zeitung“ fand sich dieser Tage wieder ein Artikel aus Russisch-Polen, der darauf berechnet ist, die revolutionäre Bewegung einfach als eine Organisation gemeiner Räuber und Banditen hinzustellen, und der deshalb eine Widerlegung in einem parteigenössischen Blatte nötig macht. Es heißt da in der „Schlesischen Zeitung“:

„Ueberall in Rußland ist mit den Unruhen auch ein furchtbares Räuberunwesen einhergeschritten. Die extremen Parteien der Linken „expropriierten“ überall das Regierungseigentum und züchteten auf diese Weise geradezu einen gefährlichen Stamm von Räubern und Verbrechern, die an Verwegenheit und Todesverachtung ihresgleichen suchen. Auch in Polen war eine der linken Parteien, die polnische Sozialistenpartei (P. P. S.), als expropriierende Partei ebenso berüchtigt wie gefürchtet. Wie aber bei unserem rohen und ungebildeten einfachen Manne alles ausartet, so geschah das auch mit dem Rauben zu Parteizwecken, dem „Expropriieren“. Als der große, von der ganzen Welt angestaunte Ueberfall auf den militärisch bewachten Postzug der Warschau-Wiener Eisenbahn bei der Station Rogow so glänzend gelungen war, sahen die „Kämpfer“ der Partei mit einem Male ein, daß sie selbst eine so große Geldsumme auch ganz gut gebrauchen könnten, und weigerten sich, das Geld abzuliefern. Die Partei antwortete auf diesen Ungehorsam damit, daß sie die Teilnehmer am Raubüberfall als das bezeichnete, was sie auch in der Wirklichkeit waren, als Räuber, sie in Acht und Bann tat und von ihren Rockschößen abschüttelte. Die Herren „Kämpfer“ aber bemächtigten sich in Warschau der Parteidruckerei und erließen Proklamationen, in denen sie die Parteileitung der Untätigkeit ziehen und erklärten, sie würden auf eigene Faust an der Beglückung des Volkes weiter arbeiten und eine eigene Partei bilden. So haben wir nun statt der einen P. P. S.-Partei, an der wir gerade genug hatten, ihrer zwei, eine, die da „expropriiert“, und eine, die das nicht mehr tut.“

Richtig ist an dieser Darstellung nur, daß die polnisch-sozialistische Partei in Russisch-Polen eine Zeit lang die gewaltsame Enteignung von Regierungs-Eigentum praktizierte. Die übrigen „extremen Parteien der Linken“ expropriierten jedoch nicht überall das „Regierungseigentum“, wie die „Schlesische Zeitung“ behauptet, sondern bekämpften vielmehr diese Taktik der P. P. S. entschieden als schädlich und den Grundsätzen der Sozialdemokratie widersprechend. Dann aber verleumdet die „Schlesische Zeitung“ die Mitglieder der Kampforganisation der P. P. S. ganz direkt, indem sie behauptet, diese hätten die bei dem Ueberfall von Rogowo erbeutete große Geldsumme selbst ganz gut gebrauchen können und sich daher geweigert, das Geld an die Partei abzuliefern. Vielmehr ist die übrigens sehr viel geringere Beutesumme — Regierungs-Spitzbuben haben die geraubte Summe viel größer erscheinen lassen, wohl um den von den Sozialisten nicht gefundenen Teil auf deren Konto schreiben und selbst einstecken zu können — von den „Kämpfern“ der Partei sofort abgeliefert, von dieser aber nicht angenommen worden. Der Ueberfall des Postzuges bei Rogowo wurde nämlich von der Parteileitung nicht gebilligt, weil dabei Unschuldige, Soldaten und Passagiere, gefährdet und in der Tat getötet oder verwundet wurden, und das gegen die erlassenen und bisher streng beobachteten Vorschriften der Partei verstieß. Die Partei wies das Geld also zurück und schloß allerdings die Ungehorsamen aus, nicht weil sie der Regierung Geld raubten, sondern weil sie das unter Verletzung der ihnen auferlegten Rücksichten taten. Ob die Ausgeschlossenen, die in der Tat eine neue Partei bildeten und neben der Parteidruckerei und dem Waffenlager der P. P. S. auch eine Anzahl Anhänger derselben mit an sich zog, der bisherigen Taktik der Expropriierung von Regierungseigentum treu bleiben werden, ist nicht sicher, es spricht dagegen auch die Tatsache, daß von neuen Taten [illegible] bisher nichts mehr berichtet wurde.

[illegible]

Wie man Polizeiberst werden kann.

Zum Tode des Polizeiobersten Krause in Berlin schreibt in einem längeren Nachrufe das freisinnige „Berl. Tageblatt“:

[illegible]

Krauses ganzes Verdienst war also ein bißchen Augendienerei. Ist es da ein Wunder, wenn Berlin zur [illegible] den Zielen so herzlich wenig Respekt haben!

Aus „Verbrechermilieu“ leben zu können.

Aus der Budget-Kommission des Reichstags muß man zu erfahren:

Eine Zulage für den Botschafter „Eberle“ in Höhe von [illegible] Mark [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

[illegible] geistlichen Abgeordneten nicht an dem erforderlichen Verständnis.

Bedeutende Zulagen sollen an einen Militärbevollmächtigten und 15 Militärattachés bezahlt werden. Die Herren werden insgesamt 58.000 Mark mehr erhalten. Mit Löhnereien, wie den 30 Mk., die pro Kopf des Unterbeamten in den Etat für 1907 eingestellt sind, geben sich die Herren nicht ab.

Für einen Botschaftspalast und eine Sommerwohnung für den Botschafter in Japan haben die deutschen Steuerzahler in diesem Jahre über 350,000 Mark zu zahlen.

Das erste Jahr.

Der März gibt verschiedenen Blättern Anlaß, sich mit den Wirkungen der Handelsverträge zu beschäftigen, die ja nunmehr ein Jahr in Kraft sind. Natürlich beanspruchen die Organe der Zolltariferhöhung die anhaltend günstige Konjunktur für die neuen Handelsverträge, es läßt sich aber unschwer nachweisen, daß in dieser Annahme ein Beobachtungsfehler steckt. Denn die gegenwärtige Konjunktur hat sich noch unter der Herrschaft der Caprivischen Verträge vorbereitet und sie reicht in ihren Anfängen mindestens bis in das Jahr 1905 zurück, also in die Zeit der jetzigen Verträge. Es läßt sich demnach höchstens behaupten, daß die Bülow-Verträge nicht imstande gewesen sind, die Konjunktur zu brechen, daß also die Konjunktur stärker war als die Zollerhöhungen. Zu dieser Stärke der Konjunktur trug ihr internationaler Charakter wesentlich bei; der Bedarf an Waren war so nachhaltig, daß der Preis keine entscheidende Rolle spielte und infolgedessen die hemmende Wirkung der Zollerhöhungen einstweilen suspendiert blieb. Damit ist indessen noch keineswegs gesagt, daß es bei einer zurückstauenden Konjunktur so bleiben wird. Dann macht sich nicht nur der Preis, sondern auch der internationale Wettbewerb ganz anders geltend, und es siegt schließlich die Industrie, die auf die Dauer am vorteilhaftesten produziert. Schon heute aber müßte man, wollte man die Wirkungen der einzelnen Zölle feststellen, ganz anders in die Einzelzahlen der Handelsstatistik eingehen, als es die Lobredner der neuen Verträge tun. Es kommt, so sagt z. B. die „Frankfurter Zeitung“ sehr richtig, nicht darauf an, ob die Gesamtsumme der Ausfuhr, etwa durch vermehrte Kohlenabgabe an das Ausland, gestiegen ist, es kommt vielmehr darauf an, wie die Bewegung in solchen Artikeln sich gestaltet, für die eine Zollveränderung eingetreten ist. Und das läßt sich natürlich erst in einer Reihe normaler Jahre feststellen. Das gilt auch von der Industrie-Auswanderung infolge der Verträge. Hier sind Erhebungen erfolgt, von denen der preußische Handelsminister selbst zugibt, daß sie verfrüht waren und infolgedessen nichts beweisen. Während einer Hochkonjunktur haben die Industrien weder Zeit noch Neigung, ausländische Produktionsstätten anzulegen, denn sie müssen alle Kräfte und jede Mark aufwenden, um den Bedarf zu befriedigen. Das gilt jedoch nicht für alle Zeiten und so sind ja tatsächlich bereits Auswanderungen erfolgt und andere stehen bevor. Wichtiger ist indessen, daß die Zollmauern allerwärts geschützte Industrien hervorrufen, die schließlich ausfuhrfähig werden, so daß sich der Absatz unserer Industrie-Produkte im Ausland immer mehr erschweren wird. Wenn also ein agrarisches Blatt mit einem wahren Jubel davon spricht, die freihändlerische Richtung habe sich „jämmerlich blamiert“, dann muß man erwidern: abwarten! Noch ist der Zeitraum zu einem begründeten Urteil zu kurz — später wird sich herausstellen, wer blamiert ist.

Im Osten rückschrittlich, im Westen radikal.

Für die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise tritt neuerdings auch das rheinische Hauptorgan des Zentrums, die „Kölnische Volkszeitung“ ein. Damit stellt sie sich nicht nur in Gegensatz zu ihrer Berliner Schwester der „Germania“, die eine Bevorzugung der ländlichen Wahlkreise für durchaus berechtigt erklärte, sondern auch zur Haltung der Zentrumsfraktion im Frühjahr 1901. Damals fand ein Antrag Barth, der eine solche Neueinteilung bezweckte, nur bei der Sozialdemokratie und dem Freisinn Unterstützung. Es ist ja eine längst geübte Praxis des Zentrums, im Osten den Bauern, im Westen den Industriearbeitern nach dem Munde zu reden. Unsere Aufgabe muß es sein, dieses Doppelspiel der schwarzen Volksfreunde, den einen wie den andern, besonders aber unseren proletarischen Klassengenossen, die noch im Banne des Zentrums stehen, aufzudecken.

Interessant ist, daß das freisinnige „Berliner Tageblatt“, das allerdings jetzt innerhalb des Freisinns die Rolle des Eigenbrötlers spielt, den Plan einer Zusammenarbeit des Zentrums und des Freisinns zur Beseitigung des Wahlkreisunrechts ins Auge faßt. Aus diesem Plane wird aber nichts werden, da keine der beiden Parteien ihre angebliche Aufgabe ernst nimmt.

Daß wir im Zeitalter des Telegraphierens leben, kommt beim Etat des Auswärtigen Amtes darin zum Ausdruck, daß für Depeschen an Gesandtschaften gegen 60,000 Mk. mehr als im Vorjahre in Rechnung gestellt worden sind.

Die Novelle zum Ansiedelungsgesetz, die dem Abgeordnetenhaus noch in dieser Session zugehen soll, wird, wie die Post erfährt, [illegible] welche Enteignungsvorschriften angeblich nicht enthalten.

Geheime Wahlproteste, das ist die neueste Erfindung [illegible] [illegible] [illegible]. Im Memel-Heydekrug erklärten mehrere Unterzeichner des Wahlprotestes, ein Doktor, ein Amtsgerichtsrat, ein Rechtsanwalt und ein Pfarrer, daß die Veröffentlichung des Wahlprotestes in der „[illegible] Ztg.“ ohne ihr Wissen und ohne ihren Willen erfolgt ist und von ihnen entschieden gemißbilligt wird. — Wenn [illegible] Wähler anfechten wollen, ist das immer ein überaus [illegible]. Denn sie werden sich dabei gegen Praktiken, die ihre [illegible] in hundert Wahlkreisen selbst üben.

Kleine politische Nachrichten. In Landsmaß bei Dresden starb der Rechtsanwalt Geheimer Justizrat, der von 1871 bis 1887 als Mitglied der deutschfreisinnigen Reichstagsfraktion den Wahlkreis Pirna-Sebnitz vertrat.

Ausland.

Der bulgarische Ministerpräsident Petkow wurde, als er Montag mit den übrigen Ministern im städtischen Borisgarten [illegible], von einem entlassenen Beamten der Landwirtschaftsbank durch einen Revolverschuß getötet. Handelsminister Genadiew, der bei ihm war, wurde am Arm verwundet. Der Täter wurde [illegible]

haftet. Es handelt bei der Mordtat angeblich um einen Akt persönlicher Rache, nicht um politische Motive.

Aus Sofia wird uns über das Attentat noch telegraphisch gemeldet: Im ersten Verhör erklärte der 28jährige Attentäter, er habe sich seit 20 Tagen mit dem Gedanken getragen, den Ministerpräsidenten zu erschießen. Er sei zwar weder ein Sozialist noch ein Terrorist, aber trotzdem kein gewöhnlicher Verbrecher, vielmehr habe er im Namen des Volkes den Ministerpräsidenten erschossen. Man war in unterrichteten Kreisen schon lange darauf gefaßt, daß der Unmut gegen die Regierung irgendwie zum Ausbruch gelangen werde.

* * *

Im ungarischen Abgeordnetenhause fanden Montag große **Skandalszenen** statt, weil der Vizepräsident Rakowsky dem Abgeordneten Vajda das Wort entzogen hatte. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde Rakowsky von dem Abgeordneten Dr. Farkasbady zum Duell gefordert.

* * *

In Marokko drohen unausgesetzt neue Konflikte. Die von den Mächten in Algeciras beschlossenen Polizeiverordnungen sind derart verwickelt, daß sie sich selber nicht ein und aussinden. Jetzt hat wieder eine französische Firma **Funkenstationen** dort eingerichtet, ohne die Erlaubnis des Maghsen einzuholen. Ebenso haben die Engländer ohne Erlaubnis **Telegraphenkabel** in Marokko gelegt. Jetzt erklären Pariser Blätter, eine Erlaubnis sei nicht erforderlich gewesen. Die Diplomaten bekommen also wieder Arbeit.

* * *

25,000 Bergleute für den Achtstundentag. Im Riesenbecken von **Charleroi** haben sich in einer Umfrage 25,000 Bergleute für baldigste Einführung des Achtstundentages ausgesprochen. Sollte die Regierung sich weigern, ihn einzuführen, soll er durch einen **Generalstreik** erzwungen werden.

* * *

Die Sozialdemokraten in der Duma haben ihre Absicht, die **Amnestie** auf die Tagesordnung zu setzen, aufgegeben. Wie es heißt, arbeitet das Ministerium einen eigenen Amnestie-Entwurf aus.

* * *

Die Abrechnung über den russisch-japanischen Krieg wird noch lebhafte Finanzkämpfe nach sich ziehen. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die **Beschaffung** von 981 Millionen Rubel für Kriegszwecke nicht weniger denn **242** Millionen gekostet hat! Für je 4 Rubel ist mithin einer für Kursverlust, Tantieme 2c. draufgegangen. Die Duma wird zunächst untersuchen, wer das Geld geschluckt und wer es verschuldet hat, daß das Geld so schwer zu beschaffen war.

* * *

Japan räumt. Die Japaner ziehen aus der von den Russen eroberten Mandschurei alle Truppen zurück bis auf 15,000 Mann zur Bewachung der Eisenbahn. Die Konsuln der fremden Mächte erheben energisch Widerspruch gegen die Nichterledigung der Frage der Likinzölle.

* * *

Das Räuberwesen in Süd-Schantung (China) soll nach einer Meldung der „Köln. Ztg." überhand nehmen. Seit einem Jahre herrsche völlige Anarchie. Ganze Dörfer würden ausgeraubt. Wer sich zur Wehr setze, wird niedergeschossen oder lebendig verbrannt. Ungefähr dürften 20 000 Räuber jenen Bezirk unsicher machen. Im Süden, an der Grenze Schantungs, herrscht traurige **Hungersnot.** Man will wieder die alte Mingdynastie ans Ruder bringen.

Die Revolution in Rußland.

Jagt Väterchen „die Bande zum Teufel"?

Petersburg, 12. März. Gestern fand in Zarskoje-Sselo ein Ministerrat statt, dem auch mehrere höhere Beamten beiwohnten und in dem die Frage der **Auflösung der zweiten Duma wegen ihrer revolutionären Zusammensetzung beraten wurde.**

Der **Kriegsminister**, welcher dem gestrigen Ministerrat beiwohnte, verfaßte eine **geheime Zirkularnote**, welche vom Gouverneur von Petersburg an die Behörden versandt wurde. Diese sollen sich danach im Falle von Unruhen mit den Militärbehörden einigen und **eine sofortige teilweise Mobilmachung** veranlassen. Die nächste Dumasitzung findet morgen statt. **Stolypin** wird darin zunächst die Regierungserklärung verlesen und dann die sofortige Beratung des Budgets beantragen.

Polizei und Expropriationen.

Wie bekannt, haben sich alle großen sozialistischen Parteien Rußlands gegen die Expropriationen ausgesprochen. Wie berechtigt diese Taktik war, beweist folgendes Telegramm aus **Ekaterinoslaw**: „Die Nachtpatrouille hielt **drei Geheimpolizisten** an, die den Versuch machten, eine Expropriation vorzunehmen. Sie hatten sich mit einer Flasche Schnaps und 1 Rubel Geld begnügt. Gleich nach der Verhaftung durch die Nachtpatrouille wurden die Geheimagenten von der Polizei freigelassen."

Die deutschen Russenblätter haben mithin kein Recht, jede Räuberei in Rußland auf das Konto der Revolutionäre zu setzen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 12. März.

Der Lehrling und der Kost- und Logiszwang.

Durch den Kampf der Gehilfenschaft gegen dieses unkulturelle System sind heute schon viele Gewerbe für den größten Teil ihrer Berufsgenossen von dieser Fessel befreit. Auch ist es des öfteren schon gelungen, gleichzeitig auch die Lehrlinge vom Tisch und Bett des Meisters zu befreien, insbesondere trifft das in den Großstädten für einzelne Berufe zu. Trotzdem ist die Zahl der Betriebe noch recht groß, wo der Geselle außer Kost und Logis ist und der Lehrling noch weiter unter diesem System schmachten muß. Wir geben zu, daß es vielleicht in einer ganzen Reihe von Fällen, wo der Lehrling nicht an dem Wohnort seiner Eltern in die Lehre tritt, schließlich noch das Beste ist, als wenn diese jungen Leute sich selbst überlassen bleiben. Aber auch da wird die Zukunft neue Wege finden müssen. Je mehr die kämpfenden Organisationen in diesem Kampfe vorbringen, um so mehr werden die Meister in den großen Städten sich das Kost- und Logiswesen auch für den Lehrling vom Halse schaffen. Nun ist es aber Tatsache, daß für einen ganzen Teil Berufe Lehrlinge aus der Großstadt selbst fast nicht zu haben sind. Diese kommen zumeist vom Lande und von den kleinen Städten. Unter den heutigen Umständen muß der Meister entweder auf die Lehrlingshaltung verzichten oder aber er muß Kost und Logis geben. Für weitschauende und aufgeklärte Arbeitgeber ist dieser Umstand eine Plage. Das Kostgeld, das die Meister geben, ist in den meisten Fällen so gering, daß es unmöglich ist, daß der junge Mann irgend ein Unterkommen damit findet. Die Unmöglichkeiten in dem Wirtschaftsleben werden auch die Lehrlingsfrage nicht unberührt lassen. Eine Reform auf diesem Gebiet wird die Notwendigkeit erzwingen. Der Kampf des Handwerks gegen die Industrialisierung wird unbedingt zu Ungunsten des Kleinmeistertums ausfallen müssen. Hiermit vollzieht sich auch in dem abhängigen Verhältnis des Lehrlings eine Aenderung. Die Forderungen auf allgemeine Lehrwerkstätten unter der Regie des Staates sind nicht neu. Hiermit würde die Frage der Lehrlingsheime unbedingt zusammenhängen. Es frägt sich nur, ob die letztere Frage nicht schon heute der ersteren an Aktualität vorausgeeilt ist. Schon heute dürfte die Einrichtung von **Lehrlingsheimen** eine Lösung finden können. Für die Entwickelung des Lehrlings selbst, für seine technische und theoretische Ausbildung würde die Befreiung aus dem Kost- und Logiszwang beim Meister unschätzbare Vorteile für unseren jungen Nachwuchs zeitigen, so daß diese Frage nicht mehr aus den Augen gelassen werden darf.

Die Voraussetzungen des Bürgerrechts.

Die Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen (Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, **Schlesien**, Posen und Sachsen) nennt in ihrem § 5 die Voraussetzungen der Erwerbung des Bürgerrechts. Nach der Nummer 4c dieses Paragraphen in seiner durch den § 77 des Einkommensteuergesetzes erhaltenen Fassung gehört dazu die Veranlagung zur Einkommensteuer **oder zu einem fingierten Normalsteuersatz von 4 Mark, oder ein Jahreseinkommen von mehr als 660 bis 900 Mark.** — In Landsberg in der Provinz Sachsen waren sechs Arbeiter **nicht** in die Wählerliste aufgenommen worden, obwohl sie zweifellos ein solches Einkommen hatten. Die Kommunalbehörde erachtete für maßgebend, daß sie zu einem fingierten Normalsteuersatz von nur 2.40 Mark veranlagt waren. — Nach vergeblichem Einspruch gegen ihre Nichtaufnahme wurde Klage im Verwaltungsstreitverfahren erhoben.

Das **Ober-Verwaltungsgericht** hat nun jetzt in letzter Instanz die Klage abgewiesen und die **Nichtaufnahme** der sechs Arbeiter für berechtigt erklärt, indem es ausführte: Jene Bestimmung der Städteordnung sei **nicht** so aufzufassen, daß in die Wählerliste aufzunehmen wäre, wer **entweder** veranlagt sei zu einem fingierten Normalsteuersatz von 4 Mark **oder** ein Einkommen von mehr als 660 Mark habe, also **nicht** so, daß es genüge, wenn nur **eine** der beiden Bedingungen erfüllt sei; sondern es sei danach in die Liste aufzunehmen, wer **veranlagt** sei zu dem Mindestsatz von vier Mark, oder wer, **wenn eine Veranlagung nicht stattgefunden habe**, ein Einkommen von mehr als 660 bis 900 Mark erlange. Die **vorliegende staatliche Veranlagung entscheide unter allen Umständen.** Ihre Richtigkeit habe der Richter auch in diesem Verfahren nicht nachzuprüfen. Glaube jemand, zu Unrecht zu niedrig veranlagt zu sein, so könne er die Rechtsmittel ergreifen, die hiergegen gegeben wären, um eine höhere Veranlagung zu erzielen.

* **Im Städtischen Arbeitsnachweis, Breitestr. 85, wurden** im Monat Februar vermittelt: a) **Männer: Angebotene Arbeitskräfte** 1500, zu besetzende Stellen 726, besetzte Stellen 499. Stellung fanden: 486 ungelernte Arbeiter (einschließlich Burschen, Hausknechte, Kutscher), 13 Handwerker; b) **Frauen: Angebotene Arbeitskräfte** 519, zu besetzende Stellen 761, besetzte Stellen 474. Stellung fanden: 320 Arbeits-, Wasch- und Scheuerfrauen, 131 Bedienungen, 15 Dienst- und Kindermädchen, 7 Näherinnen, 1 Plätterin.

* **Das diesjährige Ersatzgeschäft für den Landkreis Breslau** findet vom 19. bis einschließlich 22. März im Etablissement Peschke in **Brockau** und vom 23. März bis einschließlich 5. April im Etablissement Hopf u. Görke in **Gräbschen** statt, und beginnt früh Punkt 9 Uhr, das Verlesen der Mannschaften bereits um 8½ Uhr.

Neue Warnung vor dem Leitungswasser. Der Magistrat versendet den Zeitungen folgende Bekanntmachung: „Mittwoch, den 13. d. M. wird das Flußwasserfilter I gereinigt. Das Leitungswasser wird, um die durch den Ausfall eines Teiles der Filterfläche bedingte fehlende Wasserbedarfsmenge zu decken, an diesem Tage und einige Zeit darauf etwas **mehr Grundwasser** enthalten, als gewöhnlich. Wir bringen diese Betriebsanordnung hiermit zur öffentlichen Kenntnis und raten auch diesmal zur **Vorsicht bei der Verwendung des Wassers** im Hauswirtschaftsbetriebe."

* **Selbstmord.** An der Breslauer Umgehungsbahn in der Nähe der Kürassier-Kaserne sind heute Morgen **drei Leichen, zwei männliche und eine weibliche, mit Schußwunden** aufgefunden worden. Wie aus den vorgefundenen Papieren hervorgeht, handelt es sich um ein Dienstmädchen, einen Schlossergesellen und einen Bäckergesellen. Aus den Schriftstücken ist ferner ersichtlich, daß gemeinschaftlicher Selbstmord vorliegt. Die Leichen sind in der Leichenhalle des Kommunal-Friedhofes in Gräbschen untergebracht worden.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Achtung, Bauarbeiter!** Augenblicklich werden durch Stellenvermittelungsbureaus Bauarbeiter u. a. auch in Breslau gesucht. Die Firma **Weiß u. Freitag** in **Wittenberge** wandte sich an einen hiesigen Stellenvermittler, der Bauarbeiter nach W. für 3.40 Mk. Tagelohn und freie Station suchte. Tatsache ist nun, daß die Firma nicht nur die Auszahlung der Spesen verweigert hat, sondern auch in völlig ungenügender Weise für Wohnung und Nahrung sorgt. Warum sucht die Firma nicht die nötigen Arbeiter in Wittenberge, die doch dort in nicht geringer Zahl arbeitslos sind? Näherer Bericht folgt morgen.

Arbeiter! Seid gewarnt!

* **Zwei große Metallarbeiter-Versammlungen** finden Mittwoch, den 13. März, Abends 8 Uhr, im **Gewerkschaftshause**, Margaretenstraße 17, und im „**Gerwinger**", Kurzegasse 50/52, statt, in denen die Kollegen **Adolf Cohen-Berlin** und **Friedrich Schlegel-Breslau** über den deutschen Metallarbeiter-Verband, seine Gegner und seine vornehmsten Aufgaben sprechen werden. In beiden Versammlungen ist freie Diskussion. Metallarbeiter von Breslau! Beweist durch Massenbesuch dieser Versammlungen Euer Interesse.

* **Holzarbeiter-Verband.** Mittwoch, den 13. d. Mts., Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer Nr. 3: **Vertrauensmänner-Sitzung.** Hierzu sind auch die Lokalverwaltungs-Mitglieder eingeladen.

Aus Schlesien und Posen.

Striegau, 11. März. Der frühere Hilfskassierer hiesiger Zahlstelle vom Fabrikarbeiterverbande, Paul Müller aus Saarow, jetzt in Hamburg, wurde von der Strafkammer zu Schweidnitz wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern zu **sechs Monaten Gefängnis** verurteilt.

Kleine provinzielle Nachrichten.

Einen schrecklichen Tod fand das 7 Jahre alte Töchterchen des Tischlermeisters Weidlich in Herrnlingswalde bei Jauer. Das bedauernswerte Kind kam mit den Kleidern dem geöffneten Ofen zu nahe. Es fingen Feuer und die Kleine erlitt so furchtbare Brandwunden, daß sie bald darauf verschied. — Am Sonnabend Nachmittag brannte aus dem in voriger Zeit beschriebenen Feuerungen auf der Strecke **Oderwitz—Jäbeze** ein Vollzug Brand, kam zu Halle, entzog sich bald wieder und eilte davon. Ein Feuerwehrmann eilte ihm nach, holte ihn ein und überzog ihn der Polizei. Bei der Durchsuchung fand man Werkzeuge und andere Sachen vor. — In der Nacht zum Sonntag ist im Alter von der Siebenmühle der 21 Jahre alte Dienstknecht Wolmer auf eine gewaltige Weise ums Leben gekommen. Beim Walzen sogenannter T-Eisen drang ihm ein Stück glühendes Eisen in den Leib und kam im Rücken heraus. Der Bedauernswerte fiel zu Boden und verstarb nach kurzer Zeit unter qualvollen Schmerzen. — Zwölf Gehöfte mit über 25 Häusern sind am 10. d. Mts. Nachts in Hilchenbach vollständig niedergebrannt. Viel Vieh und große Erntevorräte wurden vernichtet.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

11. u. 12. März:	Nachm. 2 Uhr	Abends 9 Uhr	Morgs. 7 Uhr.
Luftwärme (C.)	— 1,8	— 3,6	— 3,4
Luftdruck bei 0° (mm)	742,9	746,9	749,7
Dunstdruck (mm)	2,6	3,3	3,1
Dunstsättigung (pCt.)	64	95	87
Wind (0—12)	NW 4	NW 5	NW 4
Wetter	wolkig	bedeckt	bedeckt

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Dienstag, den 12. März.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Extr.		Wetter
	Temp.	Wind	Abschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	—3	NW 3	2	0	—4	bedeckt
Beuthen OS.	—4	NW 5	2	1	—6	"
Gabelschwerdt	—5	N 1	3	1	—6	Schneefall
Bresl. Sternw.	—3	NW 4	3	1	—4	bedeckt
Görlitz	—5	NW 3	1	1	—5	wolkig
Ostrowo	—3	NW 4	2	1	—4	bedeckt

Quittung.

Zum **Gewerkschaftshausfonds** gingen ein:

Bereits quittiert	6469.45 Mk.
Leiermann und seine Frau beim Schneidermaskenball durch Dorf	7.52 "
Markenumsatz, durch Winkler	10.— "
" durch Ehrlich	5.— "
" durch Burgund	60 "
Bockfestauktion der Schneider, durch Wiczorek	13.65 "
Ostern 1906	30.— "
Zusammen	6536.22 Mk.

Briefkasten.

D., Sedanstraße. 1. Der Arbeitgeber darf Ihnen als Hausdiener das Weihnachtsgeschenk jetzt nicht vom Lohne in Abzug bringen. 2. Während der Krankheit braucht Ihnen der Arbeitgeber die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn nicht zahlen.

P., Liegnitz. Im Amtsblatt der Regierung zu Liegnitz.

H., Brieg. In Solingen.

T., Brieg. Als Mitglied der Kirchengemeinschaft können Sie auch zu den Kirchenbaukosten herangezogen werden.

Rawitsch. Der Vorsitzende des Arbeiter-Abstinenten-Vereins Breslau ist H. Sternitzke in Breslau, Weinstraße 69.

Standesamtliche Nachrichten.

Heirats-Ankündigungen. I. Buchhalter A. Stiebler, kath., Alsenstr. 36, und Margarete Dietz, ref., Kaiser Wilhelmstr. 60. — Brauer Theodor Machunze, kath., Goldene Radegasse 27a, und Maria Nitschke, kath., Gartenstraße 26. — Kaufmann Max Dombrowski, jüd., Karlstr. 13, und Cäcilie Frey, jüd., Antonienstr. 21. — Arbeiter Karl Neumann, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 75, und Pauline Raschke, ev., Friedrich-Wilhelmstr. 75. — Arb. Jos. Scholz, kath., Berliner Chaussee 182, und Pauline Lehmann, kath., Michelwitz, Kr. Strehlen. — Hilfsheizer Georg Huntscha, ev., Hildebrandstraße 27, und Marie Häusler, kath., Striegauerplatz 11. — Schneider August Kontezki, ev., Basteigasse 1, und Maria Schalaster, kath., Lessingstr. 6. — Bäcker Paul Boedrich, ev., Schwertstr. 4, und Bertha Gebauer, ev., Schwertstr. 6.

Eheschließungen. I. Bauarbeiter Friedrich Handke, ev., Berlinerstraße 44a, mit Marika Schindler, kath., Anderssenstr. 20. — Tischler Paul Golanowsky, ev., Kurzegasse Nr. 78, mit Bertha Gewand, ev., Kurzegasse Nr. 78. — Friseur Max Stephan, kath., Schmiedebrücke 36/38, mit Emilie Weiß, ev., Ritterplatz 8. — Bäcker Theodor Rabisch, ev., Schweitzerstr. 18, mit Anna Gewkus, evang., Schweitzerstr. 18. — Fleischer Alfred Langner, ev., Antonienstr. 28, mit Klara Torenz, ev., Antonienstr. 21.

Geburten. I. Schlosser Friedrich Heinrich, kath., T. — Hausbesitzer Gustav Scholz, ev., T. — Bierkutscher Robert Wehske, ev., S. — Klempner Gustav Hilse, ev., S. — Arbeiter Otto Sündermann, ev., S. — Zimmermann August Jung, ev., S. — Arbeiter Alfred Conrad, kath., T. — Stellmacher Theobald Klose, kath., S. — Kontordiener Hermann Gahl, kath., S. — Schmied Franz Malowsky, kath., T. — Metalldreher Vinz, ev., S. — Schlosser Karl Gutschmann, ev., S. — Maurer Eduard Krause, kath., T. — Hausbäcker Richard Weiß, ev., T. — Glaser Otto Hirtz, ev., T. — Schneider Wilhelm Ullmann, ev., 2 S. — Maschinenarbeiter Hermann Sommer, ev., T. — Straßenbahnschaffner Wilhelm Gewschall, kath., T. — Schmied Julius Wiehle, ev., T. — Stellmacher Ernst Deike, evang., S. — Buchhalter Paul Wolff, evang., T. — Maurer August Hoffmann, ev., T. — Rangierer Paul Barnabas, ev., T. — III. Kutscher Karl Schulz, ev., S. — Tischler Gustav Fritzner, ev., S. — Kutscher August Müller, kath., S. — Zimmermann Hermann Geh, kath., S. — Kutscher Wilhelm Mantke, ev., T. — Gas-Anstreicher Paul Siegmund, kath., S. — Zimmermann August Wormald, ev., S. — Maurer Emil Schwarzer, freireligiös, S. — Hausbäcker Alfred Franz, kath., S. — Buchbinder Alfred Sundelin, ev., T. — Produktenhändler August Jungert, kath., S. — Schneider Hermann Reinert, ev., S. — Vorarbeiter Karl Hirschberger, kath., S. — Tischler Paul Franke, ev., T. — Tischler Alfred Lammel, ev., S. — Fleischer Gottfried Wittner, ev., S. — Kutscher Johann Kerzel, kath., T. — Töpfer Ernst Hanke, ev., S. — Kistenfabrikant Arthur Wernicke, ev., S. — Kaufmann Max Bornitz, ev., T. — Maschinenarbeiter Oskar Maslo, ev., S. — Stellmacher Max Kubert, kath., T. — Tischler Robert Kummers, ev., T. — Dachdecker Robert Fritzel, kath., T. — Kaufmann Hermann Fischer, ev., T. — Schiffer Paul Jurich, ev., S. — Arbeiter Richard Nedjielka, kath., S. — Steuermann Karl Bendix, ev., T. — Schuhmacher Johann Stiller, kath., T. — Lackierer Franz Roberts, kath., S. — Arbeiter Josef Bittner, kath., T. — Altmeister August Gebert, kath., T. — Eisenbahn-Betriebsschlosser Paul Wirth, kath., S. — Gasanstaltsarbeiter Berthold Treffer, ev., T. — Tischler Paul Ey, kath., T. — Bureauvorsteher-Anwärter Paul Nitsch, ev., T. — Fleischer Oskar Häußler, ev., T.

Todesfälle. IV. Herbert, S. des Fabrikarbeiters Paul Freier, 9 Wochen. — Invalide Handelsmann Karl Bernd, 65 J. — Hildegard, T. des Arbeiters Richard Quade, 7 Tg. — Schlosser Johann Kitt, 36 J. — Richard, S. des Fabrikarbeiters Robert Hermsdorf, 7 Wo. — Willy, S. des Maurers Paul Sandmann, 4 Wochen. — Katharina, T. des Drechslermeisters Leopold Jarosch, 3 W. — Schiffer-Witwe Christiane Weiß, geb. Lant, 75 J. — Richard, S. des Arbeiters August Kaster, 9 W. — Paul Gerhard, Sohn des Arbeiters Oswald Hoffmann, 21 J. — Elisabeth, T. des Tischlers Julius Kaschenberg, 8 Wo. — Maurer August Bengsch, 60 J. — Anna Kutz, ohne Beruf, 59 J. — Kaufmannswitwe Nicolai Dusch, geb. Matzke, 81 Jahre.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Dienstag, den 13. März:

Steinarbeiter-G.-V. Abends 7½ Uhr: Maurer-Zahlstelle. Zimmer 3 u. 4.

Mittwoch, den 13. März:

Zentralverband der Töpfer. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Zimmer 2.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Vertrauensmänner-Sitzung. Zimmer 3.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau". Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 14. März:

Sozialdemokratischer Verein. General-Versammlung im großen Saale. Abends 8 Uhr.

Sonntag, den 17. März:

Steinarbeiter-Verband. Vormittags 10—12 Uhr: Kassentag. Zimmer 7.

Montag, den 18. März:

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Dienstag, den 19. März:

Schirmmacher und Schirmnäherinnen. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Zimmer 1.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 2 (Sauerbrunnen).

Bezirke 1—5. Mittwoch, den 13. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend im bekannten Lokal. Frauen sind hierzu eingeladen.

Distrikt 4 (Nikolaitor).

Bezirke 7, 8, 9. Mittwoch, den 13. d. Mts., Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Bezirkslokal.

Distrikt 6 (Nikolaitor).

Dienstag, den 12. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksführer und Stellvertreter bei Hönig. Abrechnung der Abonnenten. Die noch ausstehenden Sammellisten der Reichstagswahl müssen unverzüglich abgeliefert werden.

Bezirke 10, 11, 13 u. 18. Mittwoch, den 13. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Lokal von Schmidt, Schulzenwiese.

Bezirke 5, 6, 16, 19 u. 20. Mittwoch, den 13. März, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Lokal Leuthenstraße 8.

Distrikt 7 (Nikolaitor).

Bezirke 2 u. 4. Sonntag, den 17. März, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft und Zahltag im bekannten Lokal.

Neumarkt. Oeffentliche Gewerkschafts-Versammlung. Sonntag, den 17. März, Nachmittags 3 Uhr, im Gasthof „Zum Löwen". Tagesordnung: 1. Gründung einer Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands. 2. Diskussion. Referent: Fritz Joppich.

Waldenburg. Das Arbeiter-Sekretariat befindet sich Friedländerstraße 28. — Jeden Donnerstag: Sprechstunden in Gottesberg, Fürstensteinerstraße 17 (Hinterhaus).

Freiburg. **Deutscher Textilarbeiter-Verband.** Donnerstag, den 14. März, Abends 8 Uhr: Versammlung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Freiburg. **Gewerkschafts-Kartell.** Die für Sonntag, den 17. März cr., angesetzte öffentliche Konsum-Versammlung findet wegen Verhinderung des Referenten erst Sonntag, den 24. März, Nachmittags 3 Uhr, statt.

Schmiedeberg. **Gewerkschafts-Kartell.** Sonntag, den 17. März, Nachmittags 4 8½ Uhr: Sitzung. Nach Erledigung der Tagesordnung zweiter Vortrag des Gen. Robert Neumann. Hierzu sind alle Gewerkschaftler freundlichst eingeladen.

Liegnitz. **Gewerkschafts-Kartell.** Donnerstag, den 14. März, Abends 8½ Uhr: Außerordentliche Sitzung. Die gesamte Lokalkommission, sowie die gesamten Mitglieder der Gewerkschaftsvorstände sind hiermit eingeladen. Tagesordnung: Wahl des Vorsitzenden.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schlik. — Druck von Th. Schmidt G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Aus der Geschäftswelt.

Eine neue Methode zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhle. In der rauheren Jahreszeit ist die Gefahr der Erkältungen stark vermehrt und ist man leichter den lästigen, quälenden Hals- und Rachenkatarrhen ausgesetzt. Als Schutz gegen Ansteckung erweisen sich hier die von der Firma Bauer u. Co., Berlin SW. 48, in den Handel gebrachten angenehm schmeckenden Formamint-Tabletten, die beim Zergehen im Munde den Speichel antiseptisch machen und so vollen Ersatz der meist unzulänglichen Gurgelwässer bei allen Erkrankungen der Mund- und Rachenhöhle bieten. — Auf den der heutigen Nummer beiliegenden Prospekt wird hiermit hingewiesen.

Gewerkschaftshaus Margaretenstrasse 17

Arbeiter! **Parteigenossen!**

Montag, den 18. März, dem Erinnerungstage der deutschen Revolution des Jahres 1848, finden

2 grosse Volks-Versammlungen

statt, und zwar **abends 8 Uhr** in folgenden Lokalen: 1215

„Gewerkschaftshaus", Margaretenstraße 17, **„Deutscher Kronprinz"**, Kurzegasse 52.

Tagesordnung: 1. **Die deutsche Revolution von 1848/49.** 2. Freie Aussprache.

Arbeiter, Parteigenossen! Sorgt dafür, daß diese Versammlungen einen Massenbesuch aufweisen.

Entree 10 Pfg. **Frauen sind eingeladen.** **Entree 10 Pfg.**

Frauen und Arbeitslose haben freien Eintritt.

Sonntag, 17. März: 13. Grosses Volkskonzert

Stadt-Theater.

Dienstag: Zum letzten Male: „Carmen".
Mittwoch, Anfang 7 Uhr: „Die Walküre".
Donnerstag: „Der Barbier von Sevilla". „Die Puppenfee".

Lobe-Theater.

Dienstag: „Die lustige Witwe".
Mittwoch: „Halsabschneider".
Donnerstag: „Die lustige Witwe".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Dienstag, 7½ Uhr: „Heimat".
Mittwoch: Lichtbilder-Vortrag von Karl Th. Heinze: „Athen und die olympischen Spiele".

Schauspielhaus

Dienstag: „Puffer!"
Donnerstag: „Puffer!"

Liebich's Etabl. Vollständig neues Programm. Anfang 8 Uhr.

Victoria-Theater (Sommergarten). **Hartstein** mit seinem neuesten Schlager: Der lustige Witwer. Anfang 7½ Uhr. Vom Montag täglich.

Darlehn Tag! **Zirkus Busch-** Gebäude **The Royal Bio Co** Heute Abend 8 Uhr: Das neueste Abschied-Programm. Morgen Mittwoch: Letzte Familien-Vorstellung. Kinder 5 Pf. bis Kreise.

Arrangiert vom Sozialdemokratischen Verein

Am 10. März, morgens 1 Uhr, verschied sanft nach langen schweren Leiden unser langjähriger Kollege, der Schmied

Karl Klose 1299

im Alter von 57 Jahren. Sein Andenken werden in Ehren halten die Schmiede und Hammerführer der Waggonfabrik Gebr. Heffner A.-G.

Beerdigung: Mittwoch, den 13. März nachm. 4 Uhr, vom Trauerhaus Moritzstrasse 47 nach dem Salvator-Kirchhof.

Turner! **Arbeiter!**

Mittwoch, den 13. März 1907, abends 8½ Uhr:

Oeffentliche Turner- und Turnerinnen-Versammlung.

Unionfestsäle. Reusche-Strasse 52. Hiepold-Passage.

Tages-Ordnung:

1. Die „unpolitische" Deutsche Turnerschaft! Referent: **Franz Gretz, Berlin,** 1. Sekretär des Deutschen Turnerbundes.
2. Freie Aussprache.

Bei der wichtigen Stellung, welche die heute die Turnkunst als Mittel zur Hebung der Volkskraft und Gesundheit einnimmt, möchte wohl kein Turner, jeder Turnerin und jeder turnende Arbeiter sich entziehen, an dieser Protestversammlung teilzunehmen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

1295 **Der Einberufer.**

Verband der Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen

Zahlstelle Breslau u. Umgegend.

Mittwoch, den 13. März 1907, abends 8 Uhr, im großen Saale der „Eiche", Kaiserstraße 27:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Welche Aufgaben hat unsere Organisation in Zukunft zu erfüllen? — Referent: Genosse Fr. Joppich.
2. Entlastungsbericht zur Ordnung der Kassenverwaltung mit 1. April.
3. Verschiedenes.
4. Persönlichkeiten. 1296

Um zahlreichen Besuch bittet ergebenst **Die Ortsverwaltung.**

Ortskrankenkasse der Hutmacher zu Breslau.

Mittwoch, den 20. März 1907, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshause", Margaretenstr. 17, Zimmer 2, 1. Etg.

ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1906. — Entlastung des Vorstandes und Rendanten.
2. Abänderung bezw. Ergänzung des § 13 Ziffer 3 des Statuts. Erhöhung des Krankengeldes zum ½ auf ⅔ des durchschnittlichen Lohnes. § 22.
3. Verschiedenes. 1298

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Striegau. 1297

Verband der Fabrikarbeiter u. Arbeiterinnen

Sonnabend, den 16. März cr., in Sauer's Gasthof „Fürst Bismarck":

Tanzkränzchen u. humoristische Vorträge mit Orchestermusik.

Eintritt: Mitglieder 50 Pfg., Nichtmitglieder 75 Pfg., einzelne Damen 20 Pfg.

Anfang 8 Uhr.

Hierzu laden freundlichst ein **Der Vorstand.**

Die Gleichheit (Frauenzeitung.)

Alle 14 Tage erscheint, kostet 20 Pfennige.

Möbel, Polsterwaren jed. Art, liefert billig auch auf Teilzahl., eleg., gut gearbeitete **Diwan** 2- od. 3t. Pr. 45, Chaisel. 40. Abzahl. pro Woche à 1 Mark. **Waterloostraße 28.** 1100

ff. Batavia-Arrak, „ Jamaica-Rum, „ französische und deutsche Kognaks, „ Punsche u. Tafelliköre empfiehlt 1052 **Edwin Delahon** Breslau, Neumarkt 6. Flaschenverkauf im Comptoir, Hof, part.

Sie können viel sparen!

Versuchen Sie unseren jetzigen

Bürger-Kaffee

(gesetzlich geschützt)

zum Preise von 577

90 Pfge. per Pfund

ein rein und angenehm schmeckender Kaffee.

Teichmann & Co.

Kaffee-Spezial-Geschäft

Schweidnitzerstrasse 9, Ecke Karlsstr.

15 Geschäfte in allen Stadtteilen.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Garderoben-Haus „Blitz"

„Nur Ein Preis"

Mein neues Serien-System schützt vor jeder Uebervorteilung, da

Nur ein Preis für Jedermann.

Jeder Herren-Anzug			Serie I	16 Mk.
Jeder „		„	Serie II	21 „
Jeder „		„	Serie III	26 „
Jeder „	(Kern)	„	Serie IV	33 „

ebenso 1295

Paletots, Hosen, Burschen- und Jünglings-Anzüge.

Jeder Konfirmanden-Anzug / Jeder Jünglings-Anzug — Serie V — 8 Mk.

„Nur Ein Preis"

Garderoben-Haus „Blitz"

83 Oblauerstr. 83

I. Etage, Ecke Schuhbrücke.

Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz

Gute Paletotschneider in Tarif sucht S. Silberfeld, Schweidnitzerstraße 16/18. 1212

Hosenbügler gesucht. Leuthenstraße 51, I. Zimmermann.

Adressenschreiber sucht dauernd sofort. Rückporto. 1191 Max Wolf, Leipzig-N., Mariannenstr. 1.

Schildermaleriehrling t. l. melden 1183 Jentsch & Schultz, Dominikanerpl. 2.

10 Arbeitsmädchen sofort. Hellborn, Berlinerstr. 21.

Liefer- Mädchen sucht 1093 Gensch, Weißenburgerstraße 9, I.

Pfänder-Auktion Donnerstag, den 14. März 1907, Pfandleih-Institut, 694 Matthiasstraße 113, 1. Etage.

Ein elegantes Stoff-Sofa für 25 Mk. zu verkaufen Sandstraße 15. 810

Kaufe gebr. Möbel, Federbetten, Kinderwag., Hobelbänke, Werkz. gegen sof. Zahlung. 1214 Wahler, Gartenstraße 36.

Die aus der 583 Bernh. Dollinger'schen **Konkurs-Masse** herrührenden Bestände an Woll- u. Weißwaren, Posamenten, Wäsche für Damen, Herren u. Kinder, Handschuhe, Korsette, Kurzwaren aller Art werden Ohlauerstrasse 38, einschließlich der Laden-Einrichtung, vorm. 8—1 u. nachm. 3—6 Uhr, zu unerreicht billigen aber streng festgesetzten Preisen vollständig ausverkauft.

Möbel Spiegel. Polsterwaren in eigener Werkstatt von nur besten Materialien gefertigt. 95 **Kein Abzahlungsgeschäft** gewähre aber gern Teilzahlung. **Preise extra bill.** Bettstellen . . . 100 Mk. Schlafsofa . . . 18 „ Trumeau mit Waschaufsatz . 60 „ Schrank „ „ . 60 „ Vertiko „ „ . 45 „ Spiegel mit Schränkchen und Waschaufsatz . . . 35 „ Diwan in echtem Stoff . . 36 „ Bettfedern mit Garantie . 36 „ Bettstelle mit hoher Lehne . 4 „ **Teppiche, Läufer, Uhren** und sämtl. sonst. Ausstattungsartikel nur bei **F. Pauer, Sandstr. 5.**

Heringe! 4 Stück 10 Pfg. Wandel 35 Pfg. empfiehlt **Kaiser & Kaiser** Friedrich-Wilhelmstraße 54c, Hertelstr. Weidenstraße 12 697 Gartenstr. 75, Klosterstraße 14.

Anfang 3½ Uhr

Programm 40 Pfg.

Beilage zu Nr. 61 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 13. März 1907.

Ein Jahr sozialdemokratischer Pionierarbeit.

(Aus dem Jahresbericht*) des Sozialdemokratischen Vereins in Breslau.)

Ein überaus arbeitsreiches Jahr bedeutete das Jahr 1906 für die Breslauer Sozialdemokratie, ein rechtes Kampfjahr zugleich. Vom Januar bis in den Dezember hinein bedeutsame Ereignisse, die an den Sozialdemokratischen Verein, als unsere politische Organisation, die größten Anforderungen stellten, und mehr als sonst die Mitglieder zur Arbeit aufriefen. Der Erfolg war eine Entwickelung der politischen Organisation, wie sie noch vor wenigen Jahren nicht erwartet worden wäre. Die Mitgliederziffer — Anfang 1906 etwa 4200 — stieg auf mehr als **7400**. Aber auch der Ausbau, die innere Festigung des Vereins ist eine bessere geworden, und gestattete Unternehmungen, an deren Durchführung man früher nicht denken konnte.

Im Jahre 1905 war der Verein in 12 Distrikte und 100 Bezirke gegliedert, 1906 in 19 Stadtdistrikte mit 197 Bezirken, und 8 Landkreis-Distrikte. Das Geschäftsjahr 1907 beginnt mit 21 Stadtdistrikten und 285 Bezirken. Die gesamte Arbeit ist so — mit Einschluß des aus 7 Personen bestehenden engeren Vorstandes — auf mehr als 300 Kräfte verteilt. Das Jahr 1906 brachte auch die Schaffung des so dringend nötigen Partei-Sekretariats. Man hatte dabei insbesondere die gründliche stetige Agitation und Organisation in den Bezirken und Distrikten des Vereins im Auge, die durch den Partei-Sekretär Neutirch geleitet werden sollte. Es gab aber so viel notwendige innere Verwaltungs- und Bureauarbeiten zu verrichten, daß die Hauptaufgaben zurückgestellt blieben. Im Oktober beantragte dieserhalb der Vorstand selbst die Anstellung einer Hilfskraft zur Erledigung der Bureauarbeit; die Wahl in der Mitglieder-Versammlung am 5. November fiel auf Genossen Robert Herrmann, der bereits einige Jahre das Amt eines Distriktsführers im Nikolaitor bekleidet. Seit dieser Zeit ist für den Partei-Sekretär, Genossen Neutirch, mehr Bewegungsfreiheit geschaffen; er kann den einzelnen Distrikten die gehörige Aufmerksamkeit zuwenden, an den Sitzungen derselben teilnehmen, soweit es nötig ist, mit Rat und Tat eingreifen und alles sonst in der Agitation und Organisation Erforderliche veranlassen.

Die Zahl der Mitglieder ist, wie bereits oben erwähnt, in ungeahnter Weise gestiegen. Im Januar 1906, bei Anlegung der Hauptliste, ergab sich die Ziffer 4273. Aber schon in diesem Monat kam ein starker Zustrom. Und als der Sommer herankam, zählte der Verein bereits mehr als 6000 Mitglieder; er erreichte dann allmählich bis zum Schluß des Jahres die Ziffer von 7437; im Februar 1907 aber wurden 7732 Mitglieder gezählt.

Das Wachstum des Vereins seit dem Jahre 1900 ist folgendes:

1900: 891	1904: 2260
1901: 1310	1905: 4273
1902: 1230	1906: **7437.**
1903: 1840	

Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Distrikte ergibt folgendes Bild:

Distrikt	Mitglieder Januar 1907	Mitglieder Januar 1906
1. Gabitz	161	100
2. Sauerbrunnen	126	70
3. Gräbschener Vorstadt	532	344
4. Nikolaitor	360	215
5. Höpelwitz	308	110
6. Nikolaitor	556	397
7. „	652	328
8. Odertor	509	345
9. „	500	364
10. Sandtor	234	190
11. „	410	188
12. Schweidnitzer Vorstadt	396	298
13. „	317	149
14. Ohlauer Tor	296	177
15. „	97	118
16. Strehlener Tor	389	226
17. Schweidnitzer Tor	328	297
18. Innere Stadt, Ostkreis	100	83
19. Innere Stadt, Westkreis	162	121
1. Breslau-Land	219	51
2. „	130	73
3. „	126	42
4. „	272	98
5. „	18	14
6. „	34	24
7. „	140	29
8. „	15	6
Bezirk Neumarkt	50	—
Zusammen	7437	4273

Die Stadtdistrikte zeigen mit einer Ausnahme die große Zunahme in den verschiedenen Vorstädten. Aber auch im Landkreise Breslau, bis hinein in den Kreis Neumarkt, ist es vorwärts gegangen. Die Zahl der Mitglieder stieg dort von 303 auf 1004, also um das Dreifache. Mit der Einsetzung der Distriktsführer sind mithin auf dem Lande dieselben guten Erfahrungen wie in der Stadt gemacht worden. Mit Hilfe der Distriktsführer ist es gelungen, weiter als bisher vorzudringen. Jetzt stehen ihnen im Landkreise etwa 40 Bezirksführer für die einzelnen Dörfer zur Seite, sodaß auf weitere Fortschritte zu rechnen ist.

Neben den erfreulichen Mitgliederziffern gibt es auch solche, die uns davon erinnern, daß mit der Aufnahme der Mitglieder nicht alles erreicht ist, und gar manche die Mitgliedschaft nicht genügend auffassen. Der Zugang an Mitgliedern betrug 1906 im ganzen etwa 3000; da der Verein am Anfang des Geschäftsjahres 4273, am Ende 7338 zählte, ist also ein Ausscheiden von 1915 Mitgliedern zu verzeichnen. Nehmen wir an, daß 900 durch Abreise, Einziehen zum Militärdienst, Tod und freiwilligen Austritt verloren gingen, so beträgt der Abgang durch Streichen wegen Beitragsresten reichlich 1000. In wie weit hier eine Besserung eintreten kann, wird das Bemühen der Bezirksführer zeigen, das Kassieren bei den Mitgliedern recht gewissenhaft zu betreiben. Darüber hinaus soll es daran nicht fehlen, alle Anstrengungen zu machen, um die gewonnenen Mitglieder zu überzeugten, treuen Genossen herauszubilden.

Die rasche Steigerung der Mitglieder-Ziffer ist nicht zuletzt als eine Folge der Erweiterung des Abonnentenkreises der „Volkswacht“ anzusehen, die im Jahre 1906 ebenfalls ganz außerordentlich gewesen ist. Am Anfange desselben hatten wir 22,000 Abonnenten, Ende 1906 mehr als **32,000**, also eine Zunahme von **10,000**.

Das Versammlungsleben des Jahres 1906 war ein sehr reges. Es setzte mächtig mit dem schon erwähnten Protest gegen das Dreiklassen-Wahlrecht an dem denkwürdigen so gefürchteten 21. Januar, dem roten Sonntag, ein. Am 22. Januar sollte im „Gewerkschaftshause“ eine Gedächtnisfeier für die russische Revolution veranstaltet werden und Genosse Bernstein das Referat halten. [illegible] Wir durften an Gewaltmaßregeln nicht denken, sie wurde verboten. Die angekündigte Rede Bernsteins erschien darauf in Nr. 23 der „Volkswacht“ vom 28. Januar. Gegen das Verbot ist Beschwerde erhoben worden, die man natürlich zurückwies.

Die Einberufung der Protest-Versammlungen ließ wieder die Lokalfrage als eine brennende erscheinen. Um den Kampf gegen das Wahlunrecht recht wirksam zu gestalten, sollten mehrere Versammlungen in verschiedenen Stadtteilen zu gleicher Zeit abgehalten werden. So kam der Saalboykott, der nach heftigem Ringen mit einem Siege der Arbeiterschaft endete, sodaß jetzt im Stadtbezirk 39, in den Dörfern um Breslau 18 freie Lokale zu verzeichnen sind.

Da bereits Mitte März einige Wirte ihre Säle freigaben, konnten am 18. März, dem Tage der Erinnerung an die deutsche Revolution von 1848, in Breslau und Umgegend zwölf große, überfüllte Versammlungen abgehalten werden. Diese März-Versammlungen waren diesmal dem Kampf um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum preußischen Landtage gewidmet, und wir können wohl sagen, daß sie eine imposante Demonstration darstellten, die durch ihren ruhigen Verlauf eine große Wirkung erzielte.

Blutige Vorgänge in der Nikolai-Vorstadt sah in Breslau der 19. April. Die Ursache und der Verlauf jener Ereignisse stehen mit so lebhaften Farben im Gedächtnis der Arbeiterschaft von ganz Deutschland eingezeichnet, daß es nicht nötig ist, hierauf einzugehen.

Die Maifeier des Jahres 1906 war seit langer Zeit wieder einmal eine gewaltige Demonstration, die sich auch nach außen hin vernehmlich bemerkbar machte. Die Vorgänge der jüngst vergangenen Zeit waren ganz dazu angetan, der Feier des 1. Mai einen demonstrativen Charakter zu geben, wie er sonst in Breslau nie vorhanden gewesen ist. Die gerade von gewerkschaftlicher Seite ausgegangene Anregung, am 1. Mai in möglichster Ausdehnung die Arbeit ruhen zu lassen, fand einen unerwartet großen Anklang. Daß hierdurch die Nervosität unserer Polizeiorgane ihren Höhepunkt erreichte, war klar. Wo nur eine friedliche Demonstration mittels Arbeitsruhe und stark besuchten Versammlungen beabsichtigt war, argwöhnte die Polizei offenbar den Ausbruch einer blutigen Revolution. Und sie traf danach ihre Maßnahmen. Wegen des Maigedichtes von Leon Holly: „In Glanz und Gluten steigt der Tag empor“, das vorher und auch später noch unbeanstandet von anderen Zeitungen abgedruckt wurde, zog sich der verantwortliche Redakteur des politischen Teiles der „Volkswacht“, Genosse Franz Klühs, die sofortige Inhaftierung zu. Am Abend des 30. April, wenige Stunden nach dem Erscheinen der „Volkswacht“, wurde er mitten aus seiner Arbeit heraus von der Redaktion weg durch uniformierte Polizeibeamte verhaftet und in Untersuchungshaft überführt, aus der er erst auf Grund einer beim Oberlandesgericht eingelegten Beschwerde am 9. Mai entlassen wurde. Für das Gedicht wurde er später von der bekannten Janke-Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die inzwischen nach verworfener Revision rechtskräftig geworden sind. Am Vormittag des 1. Mai fanden um 9 Uhr vier große Volks-Versammlungen statt, die von etwa 6000 Demonstranten besucht waren. Trotz der in den Massen herrschenden Erbitterung verliefen die Versammlungen ohne Störung; nur die Versammlung im „Tivoli“ wurde aufgelöst, weil der Kommissarius Aunert in einer Aeußerung des Genossen Albert über die russische Revolution eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten erblicken zu müssen glaubte; sonst wäre auch diese Versammlung ruhig zu Ende geführt worden. Nach den Versammlungen machten sich die Demonstranten in losen Zügen, ohne die innere Stadt zu passieren, auf den Weg, um über die Friedrich-Wilhelmstraße, den berühmt gewordenen Striegauer-Platz und durch Pöpelwitz nach dem benachbarten Cosel zu gelangen, wo das Maifest im Saal- und Garten-Etablissement von Kuhnt stattfand. Die einzelnen Züge fanden auf dem Königsplatze an einander zwangslosen Anschluß, und nun wälzte sich eine schier endlose schwarze Kette durch die Friedrich-Wilhelmstraße hinaus, aus deren Häusern gar mancher ängstlich gewordene Spießer schüchtern auf die unten sich hinwälzenden so friedlichen Arbeiterbataillone blickte. Nur zweimal, auf dem Königsplatz, und in der Nähe des Schlachthofes, versuchten eifrige Polizeioffiziere ganz unnötiger Weise, die Massen unserer Maifeiergänger zu sprengen. Sie fanden keinen Widerstand; friedlich gingen die Pilgernden auseinander, sie mußten bald darauf — selbst wenn sie es nicht gewollt hätten — den Anschluß an die anderen finden. Je näher die Ausflügler dem Ziele gekommen, um so mehr wuchs ihre Zahl an. In Cosel bei Kuhnt mochten sich wohl in den Mittagsstunden an die 10,000 Personen, Männer, Frauen und Kinder, eingefunden haben. Auch Nachmittags, bis hinein in den sinkenden Abend, kamen immer neue Nachzügler, während andere bereits wieder heimwärts pilgerten, sodaß die Zahl aller derer, die am 1. Mai bei Kuhnt ein- und ausgingen, wohl nicht weit von 20,000 sich fern halten wird.

Während wir so in besserer Luft die Freuden des neuen Frühlings genossen, rüstete sich die Polizei im Vereine mit der Staatsanwaltschaft zu einem neuen Schlage gegen uns und unsere Zeitung. Wegen seiner am Vormittag im „Tivoli“ gehaltenen Rede wurde, 24 Stunden, nachdem man den Genossen Albert in den Kerker geführt hatte, der Genosse Albert ebenfalls von der Redaktion weg verhaftet, aus der er am 5. Mai wieder entlassen wurde. Nun waren drei Redakteure der „Volkswacht“ im Gefängnis! Der Vernichtungsschlag, der geführt werden sollte, er blieb ein Schlag ins Wasser, wie so mancher anderer, der gegen die „Volkswacht“ im Laufe dieses schweren Jahres geführt worden ist. Nicht weniger als 12 Monate Gefängnis und 1750 Mark Geldstrafe wurden in diesem einen Jahre über die Redakteure unserer Zeitung verhängt, die Entwickelung der „Volkswacht“ aber vermochte kein Polizist, kein Staatsanwalt, kein Richter aufzuhalten: mit mehr als 32,000 Abonnenten ist heute die „Volkswacht“ die größte politische Zeitung von Breslau.

Es war klar, daß in den neun Abend-Versammlungen, die von etwa 12,000 Personen besucht waren, über die Kunde von den erfolgten Verhaftungen die größte Erregung herrschte. Wenn trotzdem alles in musterhafter Ordnung verlief, so ist das nicht dem Mißmutsvolle der Schutzmannschaft zu danken, sondern der inneren Disziplin unserer Genossen und unserer freiwilligen Ordnungspolizei, den Ordnern, die mit Umsicht und Pflichttreue auch an diesem ereignisreichen Tage ihres Amtes walteten.

Zahlreiche Proteß-Versammlungen fanden dann noch im November und Dezember statt. In der Zeit vom 18. November bis 2. Dezember wandte sich die Arbeiterschaft von Breslau und Umgegend gegen den Brot- und Fleischwucher und die künstliche Lebensmittel-Verteuerung überhaupt. Am 11. Dezember traten die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter gemeinschaftlich auf den Plan, um über den Gesetzentwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ihr Urteil zu sprechen. Die vier Versammlungen, die überaus zahlreich waren, lehnten den dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf als ein Attentat auf die freien Gewerkschaften ab und ersuchten den Reichstag, das gleiche zu tun.

Die Mitglieder-Versammlungen trugen dem Umfang des Vereins es im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, da sich das Kommen 2, in dem sie bisher stattfanden, als zu klein erwies. Der Besuch der Versammlungen reichte nicht an den Besuch dieser Versammlungen; freilich hatte es noch viel besser sein können, als er tatsächlich war. Infolge der zahlreichen Arbeiten, die es zu beraten und Beschlüsse zu fassen galt, hatten die meisten Mitglieder-Versammlungen ein sehr geschäftliches Gepräge. Der Anfang des Monats Februar brachte die Jahresberichte mit den Wahlen des Vorstandes, der Revisoren, Distriktsführer und der Preßkommission. Gewählt wurden zu Vorsitzenden Schlitz und Neutirch, als Schriftführer Jahn und Steindrecher, als Kassierer Heymann, für die Bibliothek Hallmann und Wiener, als Revisoren Frey, Puschmann und Senk, in die Preßkommission Brosig, Landsberg, Rößler, Rother und Steindrecher. Die neunzehn Distriktsführer wurden ohne Widerspruch bestätigt. — Am 19. Juni erfolgte die Berichterstattung vom schlesischen Parteitage, der am 6. Juni (1. Pfingstfeiertage) im „Gewerkschaftshause“ zu Polsnitz bei Freiburg 36 Delegierte aus 19 Wahlkreisen versammelt hatte. Auf Antrag des Sozialdemokratischen Vereins für Breslau und Umgegend hatte der Parteitag beschlossen, den Parteivorstand in Berlin um Anstellung eines Parteisekretärs für den Agitationsbezirk Breslau zu ersuchen. Dem Ersuchen ist stattgegeben worden; als Parteisekretär fungiert seit Dezember Genosse Scholich. Nachdem über den schlesischen Parteitag berichtet worden war, wählte die Mitglieder-Versammlung in die Agitations-Kommission für den Bezirk Breslau die Genossen Albert, Schlitz und Wiener.

Wir zählen im ganzen 13 Mitglieder-Versammlungen; hinzu kommen 17 Sitzungen, in denen der Vorstand seine besonderen Geschäfte erledigte, außerdem Hunderte von Zusammenkünften der 19 Distrikte und 197 Bezirke. Außerdem aber veranstaltete der Verein in den verschiedenen Stadtteilen und in der Umgegend Breslaus Agitations-Versammlungen, die sich im allgemeinen eines guten Besuches erfreuten. In der Zeit vom Februar bis Dezember fanden 43 solcher Versammlungen statt.

Große Anforderungen wurden an die Mitglieder mit den Flugblatt-Verbreitungen gestellt. Im ganzen hatten wir 15 größere Flugblatt-Verbreitungen, davon 11 über die ganze Stadt; die Dreiklassenwahl- und „Volkswacht“-Flugblätter wurden auch im Landkreise verbreitet, ferner in diesem Teile des Vereinsgebietes wie alljährlich ein Volkskalender in 15,000 Exemplaren. Die Zahl der verbreiteten Flugblätter beträgt mindestens 1,200,000 Exemplare. Die Verbreitungen gingen in der Mehrzahl ziemlich glatt vor sich. Wir dürfen uns aber nicht verhehlen, daß manche Stadtbezirke noch längst nicht so belegt werden, als es nötig ist. Die Zahl der wirklich tätigen, nicht bloß zahlenden Genossen ist auch heute noch in den meisten Fällen zu gering, sodaß die Distrikts- und Bezirksführer gar manchmal ihre liebe Not haben und gezwungen sind, sich oft mit vielen Hunderten von Flugblättern mehrere Stunden herumzuplagen.

Die Hauptkraft des Vereins im Verlauf des Berichtsjahres nahmen die Stadtverordneten-Wahlen, die im November bezw. Dezember stattfanden, und die ersten Vorbereitungen für die Reichstagswahlen, in Anspruch. Bei der Kürze der Zeit, die seitdem erst vergangen ist, dürfte es sich erübrigen, an dieser Stelle darüber ausführlich zu berichten.

Die Volksvorstellungen des Sozialdemokratischen Vereins gehören schon seit einer ganzen Reihe von Jahren zu den ständigen Veranstaltungen des Vereins. Freilich sind im Laufe der Zeit hier und da schon Anregungen aufgetaucht, nach Berliner Vorbild an die Schaffung einer Freien Volksbühne zu gehen. Aber man hat sich noch stets schnell davon überzeugen lassen, daß die Verhältnisse für eine solche Einrichtung hier in Breslau durchaus ungeeignet sind. Gewiß, unseren Volksvorstellungen haftet noch mancher Nachteil an; vor allem sind wir in der Aufstellung des Repertoirs ziemlich beschränkt; nicht zuletzt dadurch, daß die Leitung der Vereinigten Theater uns aus technischen und geschäftlichen Rücksichten nur eine sehr enge Wahl in ihrem eigenen Spielplane übrig lassen kann, sodaß es uns zum Beispiel unmöglich ist, Stücke zur Aufführung zu bringen, die nicht in das Repertoire der Vereinigten Theater aufgenommen worden sind. Dazu kommt noch, daß für unsere Volksvorstellungen uns so ziemlich ausschließlich von den drei Bühnen der Direktion Löwe nur das Thalia-Theater zur Verfügung steht, sodaß Aufführungen, die einen großen und modernen technischen oder musikalischen Apparat erfordern, ausgeschlossen bleiben. Am empfindlichsten wirkt dieser Umstand dadurch, daß auf diese Weise — allerdings zugleich in Verbindung mit den allzuhohen Aufführungskosten — uns die Pflege des klassischen Dramas und der großen Oper nur in äußerst bescheidenem Maße möglich ist. Und doch muß anerkannt werden, daß in dem durch die Verhältnisse gesteckten Rahmen geleistet wurde, was zu leisten möglich war.

Die Zahl der Volksvorstellungen belief sich im Berichtsjahre auf elf. Und zwar wurden gegeben: „Der Bettelstudent“ von Millöcker am 14. Januar, „Das Glück im Winkel“ von Sudermann am 4. Februar, „Stein unter Steinen“ von Sudermann am 25. Februar, „Schwabenstreiche“ von Galle und Engel am 11. März, „Jugend“ von Halbe am 1. April, „Die Brüder von St. Bernhard“ von Ohorn am 29. April, „Der Waffenschmied“ von Lortzing am 13. Mai, „Gespenster“ von Ibsen am 7. Oktober, „Graf Essex“ von Laube am 28. Oktober, „Maria Magdalena“ von Hebbel am 18. November, „Die Wildente“ von Ibsen am 9. Dezember.

Aus dieser Aufstellung ist zu ersehen, daß das künstlerische Niveau unserer Volksvorstellungen sich auf einer durchaus beachtenswerten Höhe hält, daß es zum Beispiel die vom Humboldtverein veranstalteten Volksvorstellungen übertrifft, nicht dahinter zurückbleibt. Um seinen Mitgliedern auch den Genuß einer auf künstlerischer Höhe stehenden Konzertmusik zu bieten, veranstaltet der Sozialdemokratische Verein neben den Volksvorstellungen alljährlich noch einige Volks-Konzerte, die von der Musikalischen Kapelle veranstaltet werden und mit ihrem auserlesenen Programm auf die Arbeiterschaft eine solche Anziehungskraft ausüben, daß sie ebenso wie die Volksvorstellungen stets ausverkauft sind. Im Geschäftsjahr 1906 fanden zwei solcher Konzerte im Saale des „Gewerkschaftshauses“ statt, und zwar am 25. März und am 9. Dezember.

Die Bibliothek des Vereins hat im Laufe des Jahres 1906 einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Während im Jahre 1905 1492 Bände in Umlauf waren, hob sich diese Ziffer für 1906 auf 3113, das ist also eine Vermehrung um 101 Prozent, während die Vermehrung der Mitglieder in gleichem Zeitraum 92¾ Prozent betrug. Also trotz angestrengterer Parteiarbeit erhöhte Bedürfnisse. Im Anschluß hieran wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß jedem neuen Mitgliede die Broschüre „Grundsätze und Forderungen“ von Kautsky und Schoenlank ausgehändigt wird, damit es sich über unsere Forderungen und Ziele sofort unterrichten kann.

Die Kassen-Verhältnisse des Vereins haben an Umfang bedeutend zugenommen, aber zur Ansammlung eines Vermögens sind wir bis jetzt nicht gekommen; bei den stetig steigenden Anforderungen ist auch für die Zukunft kaum die Ansammelung größerer Ueberschüsse zu erwarten. Die Einnahmen aus Beiträgen sind infolge des großen Zuwachses an Mitgliedern sehr beträchtlich gestiegen: betrugen sie 1904 bei 2260 Mitgliedern 7969.60 Mark, 1905 bei 4273 Mitgliedern 8575.10 Mark, so erzielten wir im Vorjahre, als wir 7438 Mitglieder hatten und mit 7338 abschloß, 17,085.90 Mark aus den Mitgliedsbeiträgen zu 30 Pfg. Alle diese Einnahmen haben sich verdoppelt und auch im Verhältnis zur Mitgliederzahl erhöht. Aber auf der anderen Seite finden wir neue, zum Teil außerordentlich große Ausgaben. An den Partei-Vorstand mußten 30 Prozent der Mitgliederbeiträge mit 5124.10 Mark abgeführt werden. 1905 waren es 2560 Mark, die 15 Prozent für die Distrikts- und Bezirksführer betrugen 2566.14 Mark. Der Gesamtbetrag lieferte uns [illegible] Mark, die Distriktsverwaltungen [illegible] 937.80 Mark. Wesentlich ist ferner der Posten Drucksachen, der fast 95 Mark verlangte. Dann kommen die Kosten der Einrichtung des Partei-Sekretariats und die Gehälter. Während die Gesamteinnahmen und -Ausgaben 1905 mit 12,952.11 Mark bezw. 10,513.87 Mark beziffert sind, haben wir im Berichtsjahre an Einnahmen im ganzen 34,782.42 Mark, für Ausgaben 34,249.04 Mk., sodaß ein Bestand von 533.38 Mk. verbleibt.

*) Der Bericht ist in Broschürenform erschienen und gelangt an die Mitglieder zur Verteilung.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung, Montag, den 11. März, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Die Besprechung der

Interpellation Trimborn (Zentr.) über die sozialpolitische Gesetzgebung

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Mugdan (freis. Vpt.): Die Sozialpolitik ist gerade zur Zeit der ausschließlichen Zentrumsherrschaft mit Unfruchtbarkeit geschlagen gewesen. (Beifall links, Lachen im Zentr.) Das Gesetz über die Berufsvereine muß gründlich revidiert werden, aber nicht im Sinne der Trimbornschen Kritik, wenn es den Arbeitern keine schwere Enttäuschung bereiten soll. Einer Vorlage zur Abstellung der Mißbräuche beim Ausverkaufswesen werden wir zustimmen, ebenso trotz aller unserer Bedenken dem kleinen Befähigungsnachweis, wenn die Handwerker ihn denn durchaus wünschen. (Beifall bei den Ant.) Die Redner des Zentrums und der Sozialdemokratie spotten fortwährend über die Paarung. Unsere Paarung mit den Konservativen wird als unfruchtbar bezeichnet. Haben Sie doch Geduld; keine Paarung zeigt schon in wenigen Tagen ein Resultat. (Heiterkeit.) Die neue Mehrheit ist aus der Notwendigkeit entsprungen, das deutsche Volk von dem Joche des Zentrums und der Sozialdemokratie zu befreien. (Lautes Gelächter bei den Soz. und im Zentr.) Die neue Mehrheit wird Bestand haben und wir werden in ihr im Sinne unseres gestern vor einem Jahre verstorbenen Führers, Eugen Richter, arbeiten. (Bravo! rechts und bei den Freis.)

Abg. v. Dirksen (Rpt.): Die deutsche Sozialpolitik steht obenan in der Welt. (Lachen b. d. Soz.) Dem Mittelstand muß geholfen werden. Die Sozialdemokratie ist die geschworene Feindin des Handwerks und des Mittelstandes, darum propagiert sie auch die Konsumvereine. Die Gewerkschaftsbeamten sind Agitatoren, die von dem Gelde bezahlt werden, das den Arbeitern **abgepreßt** wird. (Stürmische Unterbrechung b. d. Soz.)

Präsident Graf **Stolberg**: Der Abgeordnete hat nicht von Sozialdemokraten hier im Hause gesprochen. (Stürmische Zurufe b. d. Soz.) Er hat von den Sozialdemokraten im allgemeinen gesprochen. Hätte er von Sozialdemokraten hier im Hause gesprochen, so wäre das unzulässig.

Abg. v. Dirksen (fortfahrend): Ich wiederhole, daß die Gelder, die die Sozialdemokraten für ihre Zwecke brauchen, von den Arbeitern erpreßt werden. (Stürmische Zurufe b. d. Soz.)

Abg. **Kaden** ruft: Pfui! Verleumder!

Präsident Graf **Stolberg**: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung! (Zurufe b. d. Soz.: Wen rufen Sie zur Ordnung?)

(Abg. **v. Dirksen** (fortfahrend): Der Reichsverband ist ein patriotischer Verband. (Gelächter b. d. Soz.) Wir begrüßen die sogenannten gelben Gewerkschaften, die sich von dem Terrorismus der Sozialdemokratie frei zu machen suchen. Aus dem Antrag Kaliski auf dem Mannheimer Parteitage geht hervor, daß die sogenannten freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie völlig eins sind. (Zuruf b. d. Soz.: Der Antrag ist ja gar nicht angenommen worden!) Wir halten es für richtig, daß man sich in der Sozialpolitik jetzt mit einigen Abschlagszahlungen begnügt, anstatt zu weite Ziele zu verfolgen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Schack** (Wirtsch. Vgg.): Wir Jungkonservativen sind mindestens ebenso energisch wie das Zentrum für die Fortführung der Sozialpolitik. (Lachen b. d. Soz.) Die Handwerkerfeindlichkeit der Sozialdemokraten läßt sich nicht wegleugnen. Bei der Neugestaltung des Gesetzes über die Berufsvereine möge Graf Posadowsky die christlichen Gewerkschaftsführer zu Rate ziehen. Aber eine Vorlage über die Arbeitskammern wäre wichtiger. Da jetzt so viele nach sozialpolitischen Erfahrungen lechzende Abgeordnete arbeitslos in Berlin und im Reichstage herumirren, würde sich die Errichtung einer ständigen sozialpolitischen Kommission empfehlen. (Bravo! bei der Wirtsch. Vgg.)

Abg. **Korfanty** (Pole): Wenn man nur die Reden hört, so sollte man denken, daß der ganze Reichstag aus Anhängern einer gründlichen Sozialpolitik bestünde. Leider stehen die Taten im Abgeordnetenhause nicht gerade im Einklang mit den Reden im Reichstage. (Sehr richtig! links.) Ich erinnere an die beiden Novellen zum Berggesetz, die gar nicht schlechter hätten sein können. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Die Polizei schikaniert die Gewerkschaften auf alle mögliche Weise. Von den Gewerkschaften veranstaltete Vorträge [illegible] werden als öffentliche Versammlungen betrachtet und verboten. (Hört, hört! b. d. Soz.) [illegible] Die Frauenarbeit in Bergwerken und Hütten müßte überhaupt verboten werden. In Oberschlesien und zwar gerade in den fiskalischen [illegible] herrscht sie noch in großem Umfange. [illegible] (Bravo! b. d. Polen.)

Abg. **Giesberts** (Zentr.): Wir sind mit der Erklärung unserer Interpellation zufrieden. Keine Stimme hat sich hier gegen die [illegible] ausgesprochen. Es scheint, als ob jetzt Zentrumspolitik ohne Zentrum getrieben werden soll. (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentr.) — Die von Herrn Dirksen empfohlenen gelben Gewerkschaften, die Arbeitervereine unter Leitung der Unternehmer, weisen wir entschieden zurück. (Sehr gut! im Zentr. u. b. d. Soz.) Andererseits können wir uns aber auch nicht auf Herrn Hues Rattenfängertöne einlassen. Sein Freund Leimpeters hat noch jüngst in der „Neuen Zeit" die Vernichtung der christlichen Gewerkschaften proklamiert. Er ist allerdings vom Verbandsvorstande verleugnet worden. Aber die Parteipresse im Ruhrgebiet hat seine Stellungnahme freudig begrüßt. Erkennen Sie erst einmal die christlichen Gewerkschaften als existenzberechtigt an. (Abg. Hue: Das tun wir!) Herr Legien aber hat erklärt, solange er an der Spitze der freien Gewerkschaften stehe, werde er niemals die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften anerkennen. (Hört, hört! im Zentr.) Gegen die christlichen Arbeiter wird in den Werkstätten Terrorismus geübt. Wir wissen uns aber selbst dieses Terrorismus zu erwehren und wollen keine neue Zuchthausvorlage. Ich bin der Letzte, der die Zustände in den oberschlesischen Gruben billigt; aber auch in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeitgeber ist nicht alles Gold, was glänzt. (Sehr richtig! im Zentr.) Gerade die Arbeiter haben alles Interesse an der Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes. — Die Kritik, die ich bei der Beratung des Rechtsfähigkeitsgesetzes an der Handhabung des preußischen Vereinsgesetzes ausgeübt habe, halte ich vollständig aufrecht. Ueber Vorwürfe des mangelnden Patriotismus fühlen wir uns erhaben. Die katholischen Arbeiter haben ihren nationalen Sinn tausendfach betätigt. (Sehr richtig! im Zentr.) Vorübergehende Wahlparolen werden nicht vermögen, die evangelischen und katholischen Arbeiter auseinanderzureißen. (Lebh. Bravo! im Ztr.) Wir haben nichts gegen eine Ueberwachung öffentlicher Versammlungen, wir wollen dieselbe aber durch qualifizierte Beamte geübt wissen und wollen nicht, daß die Notizen den Fabrikanten überliefert werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Bis vor einigen Jahren haben die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften paritätische Arbeitskammern gefordert. (Abg. Hue: Die Gewerkschaften nicht!) Herrn Dirksen möchte ich noch zu bedenken geben, daß man mit Aeußerungen über die Gewerkschaftsführer, die sich von Arbeitergroschen mästen, die Sozialdemokratie nicht bekämpfen kann. Solche Bemerkungen richten sich auch gegen alle anderen Gewerkschaftsführer. Der neuen Mehrheit rufe ich zu: Vorwärts auf sozialpolitischem Gebiete! (Lebh. Bravo! im Ztr.)

Vizepräsident **Kaempf** ruft nachträglich den Abg. Korfanty wegen seiner Aeußerung über die preußische Polenpolitik zur Ordnung. (Bravo! rechts und b. d. Natl.)

Abg. **Hue** (Sozialdemokrat):

Es ist nicht wahr, daß die Sozialdemokratie das Handwerk vernichten will. Nicht wir vernichten das Handwerk, sondern das Großkapital ist es, welches dieses Werk besorgt. Dagegen ist auch mit dem kleinen Befähigungs-Nachweis nichts zu wollen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn Herr v. Dirksen von unserer Mittelstandsfeindschaft sprach, dachte er wohl an das Bauernlegen seiner Standesgenossen. (Sehr wahr! bei den Soz. Unruhe rechts.) Herr v. Dirksen geht mit angeblichen Aeußerungen meiner Parteifreunde hausieren. Aber war er es, der einmal an seinem Stenogramm herumkorrigieren mußte, um nicht auf eine Aeußerung, die er gemacht hatte, festgenagelt zu werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Seine Aeußerung über die Führer, die von Arbeitergroschen leben, hat bei uns einen berechtigten Entrüstungssturm hervorgerufen. Auch Herr Giesberts hat ja diese Aeußerung mit Schärfe zurückgewiesen. Ich bin mit 40 Mark Anfangsgehalt pro Monat vom Bergarbeiter-Verband angestellt worden und zahlreiche Gewerkschaftsbeamte beziehen unter 100 Mark. (Zuruf rechts: Hungerlöhne!) Allerdings sind das Hungerlöhne, aber wie kommen Sie denn zur Wiederholung der niederträchtigen Verleumdung des Reichsverbandes, daß die Gewerkschaftsführer sich von den Arbeitergroschen mästen? (Sehr gut! bei den Soz.) Vergleichen Sie mit unseren Gehältern die Besoldungen der Beamten der Unternehmer-Verbände. (Sehr gut! bei den Soz.) Man nennt das Streikhetzer. Nun, wir Gewerkschaftsführer, ohne Unterschied der politischen Stellung, sind immer bereit gewesen, zu unterhandeln, wenn die Unternehmer nur wollen. Die Zahl der Aussperrungen ist beträchtlich gestiegen. Der Herren-Standpunkt der Herren Stumm und Krupp ist es, der die heftigen Kämpfe fortwährend verschuldet. [illegible]

hat festgelegt, daß wir mit jeder anderen Gewerkschafts-Organisation zusammengehen. In der Beurteilung der gelben Gewerkschaften, wie der Notwendigkeit des Zusammengehens aller Bergarbeiter stimme ich dem Kollegen Giesberts durchaus bei. Die Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern, muß ausschließlich vom Standpunkt praktischer Arbeiterinteressen geprüft werden. — Von der konservativ-liberalen Paarung ist ja nach Herrn Mugdan sobald nichts zu erwarten. Aber man sollte doch wenigstens die dringlichsten Aufgaben noch in dieser Session erfüllen. Was an sozialpolitischer Gesetzgebung erreicht ist, ist stets nur erreicht worden durch das Drängen der Arbeiterschaft. Mein Parteifreund Bebel, der jetzt auf vierzig Jahre parlamentarischer Tätigkeit zurückblickt, kann bezeugen, wie unsere Anregungen stets behandelt worden sind. Nur das einmütige Drängen der Arbeiterschaft kann die Mehrheit dieses Hauses zum Fortschreiten auf der sozialpolitischen Bahn bewegen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. **Pauli-Potsdam** (kons.): Die Sozialdemokraten schelten über den Ton des Herrn v. Dirksen. Wie es in den Wald hereinschallt, schallt es aus ihm heraus. Der Reichsverband bringt nur Wahrheiten vor. (Stürm. Gelächter b. d. Soz.) Die kleinen Geschäftsleute werden von den Sozialdemokraten terrorisiert. Man soll dem Mittelstande keine sozialpolitischen Lasten aufhalsen. (Bravo! rechts.)

Ein konservativ-antisemitischer Schlußantrag wird angenommen. Auch die Freisinnigen stimmen dafür.

Präsident Graf **Stolberg** konstatiert: Das ist die große Mehrheit, verbessert sich aber auf Zwischenrufe hin: „Also, es ist die Mehrheit."

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Kolonialetats, Interpellationen, zunächst Interpellationen über den Stand der Strafprozeßreform.)

Schluß 6¼ Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Genosse Fink †. Am Sonnabend verstarb Genosse Charles Fink, einer der ältesten elsässischen Genossen. Er war einer mit der ersten in Straßburg, der sich am Parteileben energisch betätigte, und hat besonders von Anfangs der 90er Jahre an der Partei sehr gute Dienste geleistet. Im Jahre 1898 kandidierte er zum Reichstag für den Kreis Markirch. Auch sonst hat er sich am Ausbau der Organisationen immer sehr lebhaft beteiligt. Sein leidender Zustand ließ ihn in den letzten Jahren mehr und mehr in den Hintergrund treten.

Personalien. Genosse Dr. Valär aus dem Kanton Graubünden, der Redakteur des von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in italienischer Sprache herausgegebenen Gewerkschaftsblattes, ist vom Bundesvorstand des Schweizerischen Arbeiterbundes in seiner am Sonntag abgehaltenen Sitzung als italienischer Adjunkt des Schweizerischen Arbeitersekretariats gewählt worden. Die Wahl ist sehr zu begrüßen, weil damit endlich dem Bedürfnis nach einer tüchtigen und zuverlässigen Arbeitskraft für die schweizerische Arbeiterschaft Rechnung getragen ist. Die christlichen Gewerkschaftszersplitterer hatten die Wahl ihres Zersplitterungsagitators Dr. Baumberger verlangt, der aber nun gar nicht in Betracht gekommen war.

Die Märzfeier in Wien. In gewohnter Weise hat die Wiener Sozialdemokratie am gestrigen Sonntag eine Massenkundgebung veranstaltet zur Erinnerung an die Märzgefallenen von 1849. Die Teilnehmer an der Kundgebung versammelten sich an 25 Punkten der Stadt und vereinigten sich vor der Mayerlinie zum geschlossenen Zuge, den viele Tausende bildeten. Am Grabe hielt Genosse Doktor Ellenbogen eine Rede, in der er daran erinnerte, daß vor einem Jahre Sozialdemokraten an derselben Stelle schworen, sie würden nicht wiederkehren, bis das allgemeine Wahlrecht eine Tatsache geworden sei; nun hätten auch Bürgertum und sogar Träger der Krone einsehen gelernt, daß das allgemeine Wahlrecht eine Staatsnotwendigkeit geworden sei.

Arbeiterbewegung.

Die „General-Aussperrung" der Berliner Tapezierer.

Als ob sie das Fiasko, das sie mit ihrem ersten Aussperrungsbeschluß erlitten hat, noch um ein gut Teil vergrößern wollte, beschloß die Tapezierer-Zwangsinnung mit 245 gegen 116 Stimmen, bei einer Anwesenheit von 700 Mitgliedern, am Freitag, daß auch die unorganisierten Arbeiter ausgesperrt werden sollten. Die „General-Aussperrung" ist denn auch so ausgefallen, wie man es der Abstimmung nach erwarten konnte. Bis Sonnabend Abend gegen 6 Uhr war auch noch nicht ein einziger neuer Fall von Aussperrung gemeldet. Aber an demselben Tage, dem Tage, wo die General-Aussperrung perfekt werden sollte, haben die zwei von allen Kleberfirmen Berlins, die dem ersten Aussperrungsbeschluß der Innung Rechnung getragen hatten, ihre zusammen 23 Gehilfen wieder eingestellt, so daß nun in der Kleberbranche auch nicht ein einziger Ausgesperrter mehr vorhanden ist. Und doch sollte der Innungsbeschluß für diese Branche ebenso gut gelten wie für die Möbel- und Dekorationsbranche!

Aus aller Welt.

Hunger als Anstifter einer schaurigen Bluttat. [illegible]

Aufklärung eines Verbrechens. [illegible]

[illegible]

Das Diamant-Halsband. [illegible]

Ein Liebhaber alter Münzen. [illegible]

[illegible]

Raubüberfall. [illegible]

[illegible] daran hindern wollten, zog Jolibois einen Revolver, verwundete den Hotelbesitzer und tötete den Kellner. Als er dann von dem Polizeibeamten [illegible] und dem Unterleutnant der Kolonialinfanterie [illegible] verfolgt wurde, zog Jolibois von neuem seinen Revolver, [illegible] und verwundete [illegible]. Jolibois wurde endlich durch Polizeibeamte verhaftet und mußte vor der Menge geschützt werden, die ihn lynchen wollte.

Spitzbuben in den höchsten Kreisen Kopenhagens. Seit dem [illegible] Galaball bei dem Minister des Auswärtigen Grafen Raben-Levetzau ist die „hohe" Gesellschaft der dänischen Hauptstadt sehr lebhaft durch einen bisher nicht aufgeklärten Vorfall in Bewegung gesetzt worden. Auf diesem Ball verlor eine Dame [illegible] einen sehr kostbaren Halsschmuck. Ein Offizier fand ihn, hielt ihn aber für „unecht" und befestigte ihn an seinem Degen. Nach dem Schluß des Festes kam das Diamantenhalsband dann in der Garderobe „abhanden" und hat seitdem nicht wieder gefunden werden können. Die geschädigte Dame hat [illegible] zur Nachforschung nach der verlorenen Kostbarkeit [illegible], bisher aber ohne jedes Ergebnis. [illegible] war die strengste Verschwiegenheit als Parole ausgegeben worden, [illegible] ist die Geschichte jetzt dem großen Publikum bekannt geworden.

Kleine Chronik. 120,000 Mark in Hypotheken wurden [illegible] in Berlin [illegible]. — Wegen Falschmünzerei wurden in Berlin zwei [illegible] verhaftet. Beide hatten 2- und 5-Markstücke, die das Münzzeichen A und die Jahreszahl 1904 und 1906 trugen, verfertigt und verausgabt. — Montag Morgen überfuhr auf dem [illegible] Charlottenburg ein Zug das Haltesignal. Dadurch stieß der Zug mit einem Vorzug zusammen. Eine Maschine und drei Wagen entgleisten. Personen wurden nicht verletzt. — Wie gemeldet wird, wurde der Jagdaufseher Schar aus Breitenhorn [illegible] unter der Beschuldigung, an seiner Frau einen Giftmord verübt zu haben, verhaftet. — In Zehlendorf versuchte ein Arbeiter seine Ehefrau zu ertränken, [illegible]. — Infolge eines Wortwechsels mit seinem [illegible] erschoß sich ein in der Pariser Gesellschaft sehr bekannter [illegible]. — In der Nacht zum Montag ist das [illegible] in Galata infolge einer Explosion abgebrannt. [illegible] — Durch den [illegible] Sturm wurde [illegible] in der Vorstadt St. Marcelle [illegible] das Dach einer im Bau befindlichen Fabrik zum Einsturz gebracht. Neun Arbeiter wurden verschüttet; [illegible] Leichen hervorgezogen, die übrigen haben [illegible] Verletzungen davongetragen.

Zu der Beilegung des Lohnkampfes der Automobil-Droschkenführer wird im heutigen Berliner „Montag“ noch gemeldet: Das Ergebnis der am Sonntag abgehaltenen Versammlung der Automobil-Droschkenführer gestaltet sich so, daß 113 Stimmen gegen die Vergleichsvorschläge des Einigungsamts, ebenso viel dafür waren, während 10 Stimmen als ungültig nicht in Betracht kamen. Infolge dieser Stimmengleichheit wurde der Zentralvorstand des Handels- und Transportarbeiterverbandes mit der endgültigen Entscheidung beauftragt. Diese fiel in dem Sinne aus, daß die Einigungsvorschläge Annahme fanden.

Die Aussperrung der Posamentiere währt bereits sieben Wochen, ohne daß bis jetzt Aussicht auf Verständigung oder Einigung vorhanden ist. Es sind gegenwärtig 168 Gehilfen ausgesperrt, 13 haben Berlin verlassen und 4 sind in anderen Berufen untergebracht.

Die Berliner Stickereiarbeiter und -Arbeiterinnen beabsichtigen in eine Lohnbewegung behufs Verbesserung ihrer traurigen Lage einzutreten.

Schneiderstreik in Fürth. Wegen 10prozentiger Lohnerhöhung und Festlegung eines Tarifes sind die Schneider in den Ausstand getreten. Die Unternehmer wollen nur die Lohnerhöhung für einzelne Stücke geben.

Zur Situation im Hamburger Hafen. Am Sonnabend Abend sind die Schauerleute von den Unternehmern aufgefordert worden, zu unterschreiben, daß sie zur Nachtarbeit bereit sind, anderenfalls sie am Montag ausgesperrt wurden. Diese haben es aber ganz bestimmt abgelehnt. Von ungefähr 5000 in Betracht kommenden Schauerleuten hatten am Sonnabend Abend etwa 80 sich durch Unterschrift zur Nachtarbeit verpflichtet. Es sind dies meist ältere Leute. Insgesamt sind bis jetzt 4000 Arbeiter ausgesperrt.

Die Hamburger Schiffszimmerer sind in eine Lohnbewegung eingetreten und haben zum 15. April den bisherigen Tarif gekündigt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 12. März.

Geschichtskalender.

12. März.

1865 Eröffnung der Wiener Universität.
1607 Paul Gerhardt, einer der Hauptdichter der protestantischen Kirchenlieder, in Gräfenhainichen *.
1728 Der Maler Raphael Mengs in Aussig *.
1824 Der Physiker Gustav Robert Kirchhoff in Königsberg *.
1831 Der Dichter Friedrich v. Matthison in Wörlitz bei Dessau †.
1895 Die erste Lesung der Umsturzvorlage im Reichstage beendet.

Zwei große Märzversammlungen

finden am kommenden Montag, dem Erinnerungstage der deutschen Revolution des Jahres 1848, statt, und zwar im Gewerkschaftshause und im Deutschen Kronprinz. Die revolutionäre Tatkraft und Begeisterung der Märzkämpfer ist uns für unseren Befreiungskampf, mag er auch ganz anders geartet sein, von jeher vorbildlich gewesen. Es ergeht daher an alle Parteigenossen und Genossinnen die Aufforderung, auch diesmal für einen Massenbesuch dieser Versammlungen zu sorgen.

Die Errichtung eines Jugendheims

ist in Breslau von einem zu diesem Zwecke gebildeten Ausschusse, der unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Pfundtner steht, geplant. Als Zweck eines solchen Heims wird die Pflege edler Geselligkeit, Unterhaltung und Belehrung für unsere erwerbstätige männliche Jugend bezeichnet. Es ist anzuerkennen, daß der Gedanke, eine solche Erholungsstätte zu errichten, ein durchaus lobenswerter ist und daß seine Verwirklichung tatsächlich eine von allen Freunden der Jugend schmerzlich empfundene Lücke auszufüllen geeignet wäre. Denn nicht nur, daß sich bei den nahezu 10,000 gewerblichen Fortbildungsschülern von Breslau etwa 1400 von auswärts Zugezogene befinden, die also ihre freie Zeit nicht im Elternhause zubringen können; die traurigen Wohnungsverhältnisse, unter denen das großstädtische Proletariat meist vegetieren muß, bringen es mit sich, daß selbst ein großer Teil derjenigen Jünglinge, die hier ein Elternhaus haben, dort doch nicht Befriedigung finden. Hierzu kommt, daß der Drang nach freier Bewegung und Geselligkeit ebenfalls Berücksichtigung verlangt. So bevölkern sie namentlich an den Sonntag-Nachmittagen die Kneipen und Tanzlokale. Ohne Moralphilister zu sein, wird man zugeben, daß diese Lokale nicht der geeignete Aufenthalt für die heranwachsende Großstadtjugend sind. Durch Errichtung von Spielplätzen, die sich bereits großer Beliebtheit erfreuen, ist ja hier schon manches geschehen. Aber sie sind nur für die gute Jahreszeit bestimmt.

Nun haben in wohlerwogener Absicht besonders kirchliche Vereine sich die Errichtung von Jugendheimen in irgend einer Form bereits auch hier in Breslau angelegen sein lassen. Sie sind ihnen natürlich nur Mittel zum Zweck. Auch der Humboldt-Verein veranstaltet Unterhaltungs-Abende und -Nachmittage für die heranwachsende Jugend. Trotzdem halten wir die weitere Errichtung eines Jugendheims nach dem Vorbilde anderer Großstädte, im engen Anschluß an unser Fortbildungsschulwesen, nicht für überflüssig, ja sogar für einen erfreulichen Schritt vorwärts. Unerläßliche Voraussetzung ist dabei allerdings, daß alle Nebenzwecke, wie sie besonders von den kirchlichen Jugenderholungsstätten verfolgt werden, ausgeschaltet bleiben. Das zu errichtende Jugendheim soll nach der Erklärung des zu seiner Unterstützung ergehenden Aufrufs einen konfessionslosen Charakter tragen, alle konfessionellen Gegensätze sollen wegfallen. Aber das allein genügt nicht. Sollen alle Proletariereltern ihre heranwachsenden Söhne mit Freuden und Befriedigung einem solchen Heime anvertrauen können, dann müssen überhaupt alle religiösen, ebenso sehr auch alle patriotischen Erziehungsversuche streng vermieden werden. Gerade die Erfahrungen, die in letzterer Beziehung mit allen derartigen Einrichtungen, auch denen des Humboldt-Vereins, bisher gemacht wurden, haben unter der Arbeiterschaft ein Mißtrauen gegen diese Jugenderholungsstätten hervorgerufen, das nur schwer zu zerstören ist. Auch der diesmal geplanten Gründung stehen wir bei aller Sympathie für den Gedanken selbst vorläufig abwartend gegenüber.

* **Der Eingemeindung von Gräbschen** haben die zur Vorberatung der Vorlage berufenen Ausschüsse III und IV der Stadtverordneten-Versammlung in einer am Montag abgehaltenen Sitzung ihre Zustimmung zu erteilen beschlossen.

Die Jahresarbeit der Bauhilfsarbeiter.

Unter den freien Gewerkschaften nimmt die der baugewerblichen Hilfsarbeiter eine achtunggebietende Stellung ein im Reiche und die Verwaltungsstelle Breslau unter den heutigen Zweigvereinen. Der Aufschwung der Filiale datiert erst seit 8 Jahren, vorher wollte es damit nichts werden, an der Interessenlosigkeit der Bauarbeiter krankte die Organisation und die Mißerfolge in den neunziger Jahren dürfte auf diesen Umstand zurückzuführen sein. Es sei hier an das Wort des Ratsmaurermeisters Simon erinnert, der mit den Bauarbeitern sich in irgend eine Unterhandlung nicht einlassen wollte, weil ihm die Zahl der Organisierten nicht imponierte. „Geht hin“, sagte er, „und organisiert Euch, dann werden wir mit Euch Vereinbarungen treffen“. Dieses Wort hat seine Wirkung gehabt, die Arbeiter erkannten, daß sie auf dem bis dahin verfolgten Wege nichts ausrichten konnten. Dazu kam die Tatsache, daß die Maurer und Zimmerer, dank ihrer festgefügten Organisationen imstande waren, Vorteile zu erringen. Nach und nach gewann die Organisation der baugewerblichen Arbeiter an Ausdehnung, sie wurde im Bereich des Baugewerbes zu einem Faktor, mit dem die Vereinigung der Bauwerksmeister rechnen mußte, sie konnte unmöglich länger außer Kurs gesetzt werden. Im Jahre 1905 war die Filiale so stark, daß sie es unternehmen konnte, Forderungen an die Arbeitgeber zu stellen. Sie verlangten eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 Pf., von 32 auf 37 Pf. Verhandlungen fanden nicht statt, jedoch wollte die Vereinigung Zugeständnisse nicht machen mit dem Hinweis darauf, daß der Vertrag mit den Maurern und Zimmerern im Jahre 1906 abläuft, bis dahin sollten die Arbeiter warten, um dann mit allen drei Berufen die Lohnangelegenheiten zu regeln. Es kostete damals den Verbandsfunktionären große Mühe, die Kollegen vom Streikgedanken abzubringen. Nur vorläufig beruhigten sich die Kollegen. Als der Sommer wieder ins Land kam, wurden die Leute wieder unruhig. Es kam zu einem partiellen Streik und nach einem Kampfe, der drei Wochen dauerte, gelang es, ein Stundenlohn von 35 Pfg. zu erzielen. Die Kollegen hielten treu zusammen, auch nicht ein einziger Streikbrecher war zu verzeichnen. Die Vorgänge des Jahres 1906 im Breslauer Baugewerbe dürften noch in Erinnerung sein; die drei Gruppen, Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter stellten Forderungen. Es wurden gar viele Verhandlungen mit den Arbeitgebern abgehalten, es wollte aber nicht zu einer Einigung kommen. Erst vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts kam eine solche zustande. Die Bauarbeiter erreichten pro 1906 ein Stundenlohn von 37 Pfg., für das Jahr 1907 40 Pfg. und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind Vorteile erreicht worden, die wahrlich nicht zu unterschätzen sind. Was die Lohnangelegenheiten betrifft, haben die Bauarbeiter unbestreitbar ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan, allerdings in ihrem eigensten Interesse. Aber wir meinen, die Arbeiterpresse ist nicht blos dann da, Lob zu spenden auch einen Tadel müssen die Arbeiter hinnehmen, wenn sie ihn verdienen. Und das ist bei den Bauarbeitern der Fall. Ihre Versammlungen stehen nicht auf geistiger Höhe und auch sonst läßt ihr Verhalten viel zu wünschen übrig. Der Alkohol spielt bei ihnen eine gar große Rolle. In einer Zeit, wo das konzentrierte Unternehmertum sich anschickt, die Arbeiter-Organisationen zu vernichten, da muß unter den Kollegen Einigkeit herrschen, aber persönlicher Zwist muß aufhören. Die Verhandlungen in den Versammlungen müssen rein sachlich geführt werden. Nur das Unternehmertum hat Freude, wenn die Arbeiter unter sich uneinig sind. Und das wollt Ihr doch wahrlich nicht. — Die Tätigkeit der Verwaltungsbeamten war im Berichtsjahre keine kleine; zur Erledigung von Streitfällen auf den Bauten wurden sie in nicht weniger als 522 Fällen in Anspruch genommen.

Zum allergrößten Teile gelang es, durch Verhandlung mit den Arbeitgebern die Differenzen zu regeln, in einzelnen Fällen mußte der Klageweg beschritten werden.

Was die geschäftlichen Arbeiten anbelangt, so haben sich dieselben in einem Grade entwickelt, daß eine Hilfskraft angenommen werden mußte. Die inneren geschäftlichen Arbeiten sind derartig angewachsen, daß allein 1079 Briefsendungen notwendig wurden. Der Rechnungsabschluß pro 1906 stellt sich folgendermaßen: a) Hauptkasse: 59,200.55 Mk. Einnahme, 28,873.77 Mk. Ausgabe. Die Nettoeinnahme beläuft sich mithin auf 30,326.78 Mk.; diese Summe wurde an den Zentralverband abgeführt. b) Lokalkasse: 25,591.21 Mk. Einnahme, 18,493.82 Mk. Ausgabe, Bestand 7097.39 Mk. Die Begräbniskasse hat pro 1907 einen Bestand von 3811.79 Mk. Am Schlusse des Jahres 1906 zählte die Verwaltungsstelle Breslau 2865 Mitglieder. Der Bericht schließt mit der Ermahnung der Kollegen, die Organisation auszubauen, den letzten Mann zu gewinnen. Schwere Kämpfe stehen den Arbeitern im Jahre 1908 bevor, da heiße es kämpfen, den Kopf hochzuhalten und wenn nötig, Opfer für die gerechte Sache zu bringen.

* **Die Breslauer Gewerbegerichtswahl.** In unserm gestrigen Artikel über die Vorgänge bei den Vorbereitungen zur Gewerbegerichtswahl ist insofern ein Irrtum untergelaufen, als auf der zweiten Spalte etwa in der Mitte die Rede von einer Sitzung mit den Hirsch-Dunckerschen ist, die am Sonnabend, den 23. Februar stattgefunden haben soll. Diese Sitzung fand aber erst Dienstag, den 26. Februar statt.

* **Oeffentliche Turner-Versammlung.** Am Mittwoch, den 13 März, Abends 8½ Uhr, findet in den Union-Festsälen, Reuschestraße 52, eine öffentliche Turnerversammlung statt, in welcher Kreis-Vertreter Gentz-Berlin einen Vortrag über die „Unpolitische deutsche Turnerschaft“ halten wird. Hieran schließt sich eine freie Aussprache. Bei der wichtigen Stellung, welche sich heute die Turnerei als Faktor zur Hebung der Volkskraft und Gesundheit erobert hat, müßte nicht nur jeder Turner, sondern überhaupt jeder denkende Arbeiter sich überzeugen, wo seine Arbeitsbrüder turnen. Daher sei nochmals auf die Versammlung hingewiesen.

* **Die Pflege von Naturdenkmälern.** Für das preußische Staatsgebiet ist bekanntlich vor kurzem eine „Staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege“ errichtet worden, die von dem Direktor des Westpreußischen Provinzial-Museums in Danzig, Professor Dr. Conwentz verwaltet wird und die Aufgabe hat, die Erhaltung und Pflege hervorragender Naturdenkmäler im ganzen Staatsgebiete zu fördern. Unter die Grundsätze, nach denen die Naturdenkmalspflege verfahren soll, gibt eine Anleitung des Kultusministeriums Aufschluß, in der es heißt: „Es wird darauf Bedacht zu nehmen sein, das Interesse für den Gegenstand in den Kreisen der Bevölkerung in geeigneter Weise zu beleben und zu verhüten, daß bei Bauten und Arbeiten auf und unter der Erdoberfläche, bei der Anlegung von Straßen, Eisenbahnen und Kanälen, beim Steinbruch, bei Waldabholzungen und dergleichen hervorragende Naturdenkmäler gefährdet oder beschädigt werden. Die Forderungen der Denkmalspflege sollen nur dann zurückgestellt werden, wenn wichtigere Rücksichten auf das öffentliche Wohl, den Verkehr usw. es erheischen. Es empfiehlt sich, im gegebenen Falle den sachkundigen Rat der staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege einzuholen, um sich zu vergewissern, ob ein Naturdenkmal überhaupt vorliegt, ob seine Erhaltung angezeigt ist und welche Maßnahmen zu seinem Schutz zu ergreifen sind. Auch wo eine unmittelbare Gefährdung nicht in Frage kommt, wird die staatliche Stelle zweckmäßig zu benachrichtigen sein, damit sie von dem Vorhandensein des Naturdenkmals Kenntnis erhält.“

* **Zur Bekämpfung der Rattenplage** wird am 20. d. M. an den Böschungen des Stadtgrabens wieder Gift gelegt werden. Um Erfolg zu haben, ist es auch diesmal dringend notwendig, daß die Besitzer der anliegenden nicht städtischen Grundstücke zur selben Zeit Gift legen lassen. Das Gift auf dem Stadtgraben wird zu der angegebenen Zeit besonders bewacht werden. Da es trotzdem vorkommen kann, daß einzelne Tiere es frißt und verendet, warnen wir ausdrücklich davor, sich eines der Tiere anzueignen und sein Fleisch zu genießen.

* **Der Lätare-Tobiasmarkt** zwischen der alten Gasanstalt und dem Odermarkt ist heute Montag früh eröffnet und dauert bis Donnerstag Abend. Die meisten Händler haben ihre Verkaufsstände bereits eingerichtet und ihre Waren ausgelegt. Das Wetter ist dem Markte sehr ungünstig, denn der Regen hat den ganzen Tag angehalten. Durch diese Rücksichtnahmen hat man aber versucht, dem Uebel abzuhelfen.

* **Personalien.** Dem Vorsteher des Bezirks der Stadtverordneten-Versammlung, Ratsschreiber Hartmann, ist vom Magistrat der Titel „Rechnungsrat“ verliehen worden.

* **Laßt eure Söhne nicht Gärtner werden!** Über das Verhältnis der Lehrlingsziffer zur Ziffer der Gehilfen im Gärtnerberuf wurden dieser Tage, mit Bezugnahme auf die angeblichen Zahlen der preußischen Gärtnereistatistik vom 2. März 1906, Nachrichten verbreitet, die absolut irreführend sind. So war mehrfach zu lesen, die Statistik habe 10 Gehilfen auf 1 Lehrling ermittelt. Solches Verhältnis liegt aber nur vor, wenn die ungelernten Gartenarbeiter und -Arbeiterinnen gleichfalls den Gehilfen zugerechnet werden. In Wahrheit hat die betreffende Statistik im Königreich Preußen 26,638 Gehilfen und 9198 Lehrlinge ermittelt, und es kommen daher nur drei Gehilfen auf einen Lehrling. Nimmt man die Gruppe „gewerbliche Gärtnerei“ (Kunst- und Handelsgärtnerei) für sich, so erscheinen folgende Zahlen: zu 13,457 Gehilfen 6274 Lehrlinge, oder auf zwei Gehilfen ein Lehrling! Das sind aber höchst ungesunde soziale Zustände; die Zahlen besagen nämlich, daß die Durchschnittsmöglichkeit, in seinem Beruf Beschäftigung und Erwerb zu finden, für einen Gärtnergehilfen mit dem 27. Lebensjahre erlischt. Die Erscheinung, daß man in der Gärtnerei fast gar keine verheirateten Gehilfen vorfindet, erhält nach den amtlichen Zahlen also ihre ganz natürliche Erklärung; ebenso versteht man danach den Ausspruch des Vorsitzenden der Arbeitgeberorganisation, der schon 1901 sagte: „Es ist eine gefährliche Sache, wenn ein junger Mann Gärtner werden will oder soll.“ Zu bemerken wäre schließlich noch, daß diese Zustände sich in den letzten elf Jahren erheblich verschlechtert haben: Die Berufsstatistik von 1895 hatte noch 5 Gehilfen auf 1 Lehrling ermittelt, heute sind es nur 3 Gehilfen zu 1 Lehrling. Auf diese Berufsüberfüllung sollten besonders die Provinzial- und Kreisblätter aufmerksam machen, weil gerade die Kleinstädte und Landorte jene verderbliche Lehrlingszüchterei am meisten betreiben.

* **Immer neuer Schnee** schüttet aus schier unerschöpflichen Wolken auf die Erde herab, die sich bereits gerüstet hatte, den Lenz zu empfangen. Hoch türmen sich die weißflockigen Schichten in den Straßen unserer Stadt auf und versetzen uns in die Täuschung, als ob wir nicht Ostern, dem Feste der neuerwachenden Natur entgegengingen, sondern als ob wir uns mitten in der weihnachtlichen Zeit befänden. Viele hunderte geschäftige Arme sind tätig, die Mengen des Märzenschnees zu beseitigen; kaum aber sind die Straßen einigermaßen wieder gesäubert, dann hüllt der Himmel sich in neues Grau und bald sind Straßen und Plätze wieder völlig in das weißleuchtende Wintergewand gehüllt.

* **Stadt-Theater.** Heute Dienstag gelangt Bizet's Oper „Carmen“ mit Fr. Verhunk als Carmen und Herrn Günther-Braun als Don José zur Aufführung. Dirigent ist Herr Kapellmeister Prüwer. Am Mittwoch wird zum ersten Male in dieser Spielzeit Richard Wagners Musikdrama „Die Walküre“ aufgeführt. Den Siegmund singt Herr Troßdorff, den Wotan Herr Berg, den Hunding Herr Döring, die Brünnhilde Frl. Siffert, die Sieglinde Frl. Widbalm, die Fricka Frl. Neisch. Das Werk steht unter Leitung der Herren Kapellmeister Prüwer und Oberregisseur Kirchner. (Anfang 7 Uhr.) Am Donnerstag geht Rossini's komische Oper „Der Barbier von Sevilla“ in Verbindung mit dem Balletdivertissement „Die Puppenfee“ in Szene. Für Freitag wird Schiller's Schauspiel „Die Jungfrau von Orleans“ vorbereitet. Sonnabend werden „Die Meistersinger von Nürnberg“ von Richard Wagner wiederholt. (Anfang 7 Uhr.) Als nächste Novität ist Puccinis Oper „Tosca“ in Aussicht genommen.

* **Im Lobe-Theater** geht am Dienstag Lehars Operette „Die lustige Witwe“ zum 58. Male in Szene. Am Mittwoch findet die 51. Aufführung des Lustspiels „Husarenfieber“ statt. Am Donnerstag und Freitag folgen Aufführungen der „Lustigen Witwe“; am Sonnabend wird „Husarenfieber“ wiederholt.

* **Im Thalia-Theater** wird als dritte Volksvorstellung für Gruppe K am Dienstag „Heimat“ wiederholt. Einen interessanten Vortragsabend über „Athen und die olympischen Spiele“ wird Redakteur Karl Th. Lange am Freitag veranstalten. Damit wird die Vorführung von 80 Lichtbildern, welche Herr Lange auf seinen Reisen selbst aufgenommen hat, und einiger geistlicher Gesänge mit Hilfe des Grammophons verbunden sein. Die Preise sind für diesen Abend sehr niedrig bemessen. (Parkett 60 Pfg.) Der Vortrag wird mit einer Pause von 8 bis 9½ Uhr dauern. Der Vorverkauf findet am Donnerstag und Freitag von 10—2 Uhr im Thalia-Theater statt.

* **Schauspielhaus.** Die neue Operette „Pufferl“ von Edmund Eysler hatte bei ihrer Erstaufführung am Sonnabend, wie nicht anders zu erwarten, bei vollem Hause einen großen Erfolg und verspricht infolge der darin enthaltenen reizenden Solos, Duette 2c. recht populär zu werden. Am Sonntag war das Theater ausverkauft. Heute Dienstag und morgen Mittwoch wird die Operette „Pufferl“ wiederholt. In Vorbereitung „Frost im Frühling“ von Leo Lenz. Dieses Werk hatte in Berlin am Neuen Theater einen großen Erfolg.

* **Von der gesicherten Existenz.** Am 9. d. M. Vormittags trank in den Anlagen am Sandthafen ein stellungsloser Arbeiter ein größeres Quantum Salzsäure. In einem Krankenwagen wurde der Schwerverletzte der Königlichen Klinik zugeführt. — Am 9. d. M. wurde ein Bahnarbeiter in seiner Wohnung, Seitengasse 11, erhängt aufgefunden.

* **Hinter der Haustür gestorben.** Ein 28 Jahre alter Hausbäcker wurde am 9. d. M. Abends hinter einer Haustür in der Klosterstraße tot aufgefunden. Die Leiche des einem Herzschlage erlegenen Mannes wurde zur Anatomie gefahren.

* **Brand.** Am 9. d. M. Nachmittags 3½ Uhr wurde die Feuerwehr nach Matthiasstraße 189 gerufen, wo ein Balkenbrand ausgebrochen war.

Auf frischer Tat ertappt. Einer der Burschen, die unnützer Weise öffentliche Feuermelder abziehen, ist am 10. d. M. Abends auf frischer Tat ertappt und festgenommen worden. Der Verhaftete, ein Arbeiter, hatte diesen Unfug auf der Borsigstraße an dem Feuermelder 196 verübt.

* **Mit Beschlag belegt** wurde ein Fahrrad „Viktoria“ Nr. 96.562, welches Ende voriger Monats in einem Hause auf der Lange Gasse von einem Unbekannten eingestellt worden ist.

* **Los der Proletarierkinder.** In Lebensgefahr schwebten am 9. d. Mts., Abends, vier im Alter von 1—6 Jahren stehende Kinder einer Angustastraße 118 im Keller wohnenden Witwe. Als die Mutter einen Gang besorgte, schob das älteste Kind einen Kinderwagen und stieß mit diesem gegen einen Tisch, auf welchem eine brennende Petroleumlampe stand. Die Lampe fiel auf das Sofa und setzte das Mobiliar in Flammen. Glücklicherweise wurde der Ausbruch des Feuers bald bemerkt, sodaß die Kinder noch vor Ankunft der Feuerwehr gerettet werden konnten.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 9. und 10. d. M. 53 Personen eingeliefert.

* **Gefunden** wurden: ein Damengürtel, eine Brieftasche und eine Pferdedecke.

* **Abhanden** kamen: ein Paket mit Handtüchern, ein Trauring und ein Portemonnaie mit 20.94 Mk.

* **Gestohlen** wurden: einem Monteur eine Stemmeisen im Werte von 20 Mk., durch Einbruch aus einem Keller auf der Sonnenstraße sechs Flaschen Rotwein Marke „St. Julien, Bordeaux“ und mehrere Zentner Kohlen, ferner ein Fahrrad „Westfalen“ Nr. 115.434, ein Fahrrad mit amerikanischer Marke und ein Fahrrad „Bedmann“; einem Optiker auf der Schweidnitzerstraße eine Kiste mit 50 Trockenelementen, aus einer Bodenkammer auf der Antonienstraße Bettwäsche und Schürzen, einem Dienstmädchen in einem Geschäft auf der Ohlauerstraße aus der Schlußtasche ein Zwanzigmarkschein.

* **Infolge der Glätte** stürzte am 10. d. M. Abends auf der Neuen Adalbertstraße ein vor einem Lastwagen gespanntes Pferd, welches durch Mannschaften der Feuerwehr aufgerichtet werden mußte.

Aus Schlesien und Posen.

Löbes Sehnsucht nach Wohlau.

„Nun wissen wir endlich, weshalb die Redakteure der „Volkswacht" gern ins Gefängnis gehen! Was selbst dem wahrlich nicht gering genug anzuschlagenden Scharfsinn der Richter und Staatsanwälte versagt blieb, das haben Leute im reichstreuen Veteranenverein zu Dermsdorf in einer Versammlung ausgesprochen und der würdige „Feierabend" druckt das inbrünstig ab. Da man in dieser Versammlung nicht wußte, wie die Zeit nützlich zu verwenden sei, „gelangte ein Artikel über eine sozialdemokratische Begrüßungsfeier zur Verlesung. Diese hat dem aus der Strafanstalt Wohlau entlassenen Redakteur der „Volkswacht", **Paul Löbe zu Breslau** gegolten. Der Arbeiter-Sängerbund, Gewerkschaftskartell, Verlag der „Volkswacht" und sozialdemokratischer Verein haben sich mit den Ovationen überboten, eingerahmte Widmungen, Oelgemälde und Spazierstock mit Silberbeschläg erhielt ferner der Märtyrer und Kämpfer für die Sozialdemokratie. **Kein Wunder, wenn sich Herr Löbe recht oft nach Wohlau sehnt."**

Wenn wir diese „Reichstreuen" irgendwie ernst nehmen könnten, würden wir uns vielleicht über die in der Versammlung ausgesprochenen Schamlosigkeiten entrüsten, ja, wenn wir uns die Methode des „Feierabend" zum Vorbild nehmen wollten, könnten wir zum Kadi laufen und seine Bestrafung herbeiführen. Doch uns liegt daran nichts. Wir geben diese Probe reichstreuen Feingefühls nur als Beitrag zur Charakteristik dieser Herren wieder.

Schlesische Verkehrswünsche

wurden am letzten Freitag im preußischen Dreiklassenparlament vorgebracht. Abg. **Bänsch-Schmidtlein** (frk.) sprach dem Minister seinen Dank dafür aus, daß durch den neuen Fahrplan die Wünsche seiner Heimat Schlesien, insbesondere auf bessere Verbindung zwischen **Friedeberg, Löwenberg** und **Liegnitz** erfüllt sind, und fragt den Minister, ob es nicht möglich sei, mit der österreichischen Regierung in Verbindung zu treten über eine Abkürzung der Fahrzeit zwischen **Hirschberg, Schreiberhau, Grünthal, Reichenberg**. Es müßte wenigstens ein Zug eingelegt werden, der die Strecke von 89 Kilometern in drei Stunden zurücklegt. Vielleicht wäre es auch möglich, von **Glatz eine direkte Verbindung nach Wien** herzustellen, sodaß die Strecke Berlin—Wien um 107 Kilometer abgekürzt werden könne.

Abg. **Witzmann** (n.l.) spricht dem Minister seinen Dank aus für die **Schnellzugverbindung zwischen Liegnitz und Hirschberg** und für die durchgehende Verbindung zwischen Liegnitz nach dem Isergebirge über **Löwenberg, Greiffenberg, Friedeberg**. Hierdurch sei es möglich im Laufe eines Tages das schöne Iser-Gebirge besuchen zu können. Redner wünscht aber noch eine bessere Verbindung zwischen **Liegnitz** und **Hirschberg**, damit die Bewohner beider Städte schneller in ihre Heimat zurückkehren können. Daß die Sache gehen werde, sei zweifellos. Als der Schnellzug von Liegnitz nach Hirschberg eingerichtet wurde, habe es zunächst auch geheißen, die Sache lasse sich wegen der Krümmungen nicht machen, dann aber sei es doch gegangen.

Abg. **Fischbeck** (frei. Vp.) schließt sich den Ausführungen Bänsch-Schmidtleins an. Ueber manches, so über eine direkte Schnellzugverbindung **Liegnitz—Hirschberg**, werde jedenfalls [illegible] noch zu reden sein. Liegnitz wünscht u. a. bessere Verbindung nach Glogau, sodaß das Umsteigen in Raudten vermieden werden kann, und es wünscht dann die Einstellung direkter Wagen Liegnitz—Posen und Liegnitz-Stettin. Ferner werden verschiedene Verbesserungen des Verkehrs auf der Strecke Kohlfurt—Liegnitz im Interesse des Sommerverkehrs und direkte Anschlüsse nach Breslau dringend verlangt.

Abg. **Stull** (Zentr.) kommt auf seine schon im vorigen Jahre vorgetragenen Wünsche und Beschwerden betreffend die Fahrpläne und Sommerfahrten des **Glatzer Gebirgskessels** [illegible] zurück. Die Verbindungen zwischen Ziegenhals und [illegible] müßten verbessert werden. Die Verbindungen zwischen Ziegenhals und Oesterreich seien immer noch sehr mangelhaft.

Abg. **Hobrecht** (Zentr.) wünscht bessere Zugverbindungen von **Breslau bezw. Berlin nach Oberschlesien**.

Vom traurigen Dasein der Schneider und Schneiderinnen.

Unter den vielen Gewerben, die von der Organisation nichts wissen oder nichts wissen wollen, gehören im schönen **Oberschlesien** auch die **Schneider und Schneiderinnen**. Und gerade dieser Beruf wäre es, der am allerersten Ursache hätte, [illegible] Lage, [illegible] Arbeit und einer täglichen Arbeitszeit bis zu 15 Stunden [illegible] zu haben, und sich aufzuraffen, um diesen Zuständen ein Ende zu bereiten. [illegible] ist es, [illegible] Kapitals zum Klassenbewußtsein zu bringen, [illegible] in Oberschlesien, wo die Heimarbeit im Schneidergewerbe [illegible]. [illegible] Versuche, die gemacht worden sind, den Gedanken der Organisation [illegible] verlaufen, aber es waren nur [illegible].

Der **Verband Deutscher Schneider und Schneiderinnen** [illegible] auch die oberschlesischen Schneider [illegible]. [illegible] Kollege **Schlunsterpa...** [illegible] Kollege [illegible] -Breslau [illegible] und Oberschlesien [illegible] in einigen Orten [illegible]. [illegible] des Gewerkschaftssekretärs Genossen [illegible]-Kattowitz [illegible]. [illegible] Schneider-Zeitung [illegible] und Oberschlesien [illegible]. Versammlungen [illegible]. [illegible] „Arbeitsordnung [illegible]" [illegible].

[illegible]

[illegible] — Bernstadt(?) [illegible], so wurde beschlossen, [illegible].

Versammlung einberufen werden, an der nur Arbeitnehmer teilnehmen sollen.

Die Budenverhältnisse in den oberschlesischen Eisen- und Stahlgießereien.

In der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung lesen wir: Die Erfahrungen, die ich in verschiedenen Buden über Mißstände und sonstige Verhältnisse machte, drücken mir die Feder in die Hand. Vielen Kollegen, die noch nicht Gelegenheit gehabt haben, das dunkle „Obervoboslen" kennen zu lernen, möge das Folgende als **Warnung** dienen, denn schon manch einer ging auf schöne Versprechungen hin nach diesem finsteren Winkel. Aber sehr getäuscht wurden seine Hoffnungen, sie verschwanden wie Nebel. Nichts blieb ihm als **Arbeit und Elend**, er war schmählich betrogen. In den oberschlesischen Eisen- und Stahlgießereien herrschen mit wenigen Ausnahmen die **schauderhaftesten Zustände**, Löhne, Arbeitszeit und Einrichtungen sind in den meisten Buden schlecht. Ueber die Krane und sonstigen Vorrichtungen würde ein Former, der aus einer modern eingerichteten Bude kommt, staunen. Er würde glauben, er sei um hundert Jahre zurückversetzt. Und dennoch leben wir in einer fortgeschrittenen und fortschreitenden Zeit. **Hilfskräfte** findet man fast in allen Buden wenige oder gar keine, der Former muß alles allein machen: Modellsand machen, Sand sieben, Pfannen ausschmieren, Ausleeren, selbst am Krane ziehen und verschiedenes andere. Das Werkzeug: Schaufeln, Wassertöpfe, Handfeger, Lampen und sogar das Oel dazu muß man sich in den meisten Buden selbst kaufen. **Die Behandlung durch die Vorgesetzten ist fast durchweg wie in einem Sklavenstaat.** Der Arbeiter darf weder murren noch klagen, da heißt es hübsch ruhig sein oder aufs Pflaster; wenn nicht dies, dann die Peitsche in Gestalt von Strafen. Es ist ein Jammer, ein Elend! Wenn werden die oberschlesischen Kollegen einmal zur Besinnung kommen? Wann?! Und alles müssen sich die Kollegen bei einem niedrigen Lohne gefallen lassen. Fast in allen Buden ist die Akkordtreiberei eingeführt. In zwei Dritteln der Buden ist ein **Lohnsatz anzutreffen von 3 Mark, 2.50 Mark, 2 Mark, ja sogar darunter!** Und das bei einer durchschnittlichen **Arbeitszeit von 10½, 11, 12 bis 16 Stunden**. In einem Drittel gibt es 3 bis 5 Mark. In Stahlgießereien ist überhaupt an festgesetzte Arbeitszeit nicht zu denken, da werden sogar 15, 20 bis 32 Stunden hintereinander gearbeitet! Aber von besonderer Vergütung für Ueberstunden ist mir wenig bekannt; nur da, wo in Lohn gearbeitet wird. Zeitlohn wird nirgends bezahlt, auch unverschuldeter nicht, in den meisten Buden wird dafür sogar noch **Strafe abgezogen**. In den meisten Buden sind die Kollegen wegen des ungenügenden Verdienstes bei der „regelmäßigen" Arbeitszeit genötigt, Ueberstunden und Nachtschichten einzulegen, um die Familie ernähren zu können. Traurig, aber wahr! Waschanstalten, Badeanstalten, Kleiderschränke usw. kennen die Kollegen in den meisten Buden gar nicht.

Allen diesen und den vielen anderen Umständen wäre abzuhelfen, wenn die Kollegen Mann für Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören würden. Aber was die Organisation in Oberschlesien betrifft, so steht es damit sehr traurig aus. Unsere Mitglieder sind sehr dünn gesät. Hin und wieder [illegible] einige Kollegen dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein an. Aber das bedeutet nichts. Wir müssen Mann für Mann **einer** für die Arbeiter [illegible] Organisation angehören! Und das ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband! Kollegen, die ihr dem Verband schon angehört: scheut keine Mühe und Arbeit, [illegible] unsere [illegible]. X.

Brieg, 11. März. **Die hiesige Wasser-Versorgung.** [illegible] **Wasserkraft(?)** von 16,000 Mark [illegible] Verzinsung und Tilgung des [illegible]. Die **Temperatur des Wassers** ist im [illegible]. Der **Mannesverband(?)** [illegible].

—t. **Waldenburg**, 9. März. [illegible]

Posen, [illegible] März. [illegible]

gezogen, der glücklicher Besitzer eines solchen Wachmans war. Der Hund hatte sich an das Haus gewöhnt und mit einigen Hausbewohnern Freundschaft geschlossen. Menners fütterte ihn mit Zucker und Konfekt, nahm ihn in seine Arme und, ihn liebkosend, entfernte er sich eines Tages mit ihm. Diese Vertrauensseligkeit wurde dem Mops zum Verhängnis. Als er seinen Ausgang ungewöhnlich lange ausdehnte, machte sich seine Herrin auf den Weg, um ihn an die Pflicht der Heimkehr zu erinnern. Als sie in der Wohnung des M. mit der Frau verhandelte, kam deren Ehemann mit zwei Männern nach Hause. Einer von ihnen trug ein Paket, an einigen Stellen waren Blutspuren bemerkbar. Das kam Frau D. verdächtig vor. Ein Schutzmann ermittelte in dem Paket die **blutige Hundeleiche**. Der Mörder hatte sich wegen seiner blutigen Tat vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht ließ Milde walten und erkannte nur auf eine **Gefängnisstrafe von zwei Wochen**.

Schildberg, Provinz Posen, 11. März. **Nein, so was!** Gegen den hiesigen Bürgermeister Krakowski ist die Suspendierung vom Amte und das Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung beantragt worden, weil er, statt dem dort herrschenden Schulstreik entgegenzutreten, denselben **direkt begünstigt** haben soll. **Krakowski**, der einst **preußischer Referendar und Offizier** war, hat aus seiner polnischen Gesinnung kein Hehl gemacht. Der „Dziennik Berlinski" bemerkt hierzu: „Krakowski ist der einzige Pole, der das Amt eines Bürgermeisters in Posen bekleidet. Es scheint, daß die Tage des letzten polnischen Bürgermeisters gezählt sind."

Aus den Gerichtssälen.

Was sozialdemokratische Flugblattverteiler auf dem Lande alles erleben.

Am Sonntag, dem 20. Januar, wurden vier Genossen aus Oels, als sie in dem Dorfe Wilhelminenort Flugblätter verteilten, angehalten, ihnen die Blätter weggenommen und sie selbst nach Fürstlich-Ellguth zum Amtsvorsteher abgeführt. Sie erhielten darauf wegen Uebertretung der §§ 1, 17 der Oberpräsidial-Verordnung vom 20. März 1890 (? D. B.) (Sonntags-Entheiligung) Strafmandate von je 6 Mark nebst Tragung der Kosten zudiktiert. Gegen diese Strafmandate legten die Betroffenen durch das mittelschlesische Parteisekretariat Berufung bei dem zuständigen Amtsgericht in **Bernstadt** ein, und so hatten sich drei der Genossen (der vierte war unterdessen unbekannt verzogen) am 7. d. Mts. vor dem Schöffengericht in Bernstadt wegen Uebertretung der Vorschriften für die Sonntagsruhe zu verantworten. Die Genossen, die an ihrem Erscheinen verhindert waren, wurden durch den Partei-Sekretär, Genossen **Scholich** aus Breslau, vertreten. Vor Eintritt in die Verhandlungen wollten sowohl Vorsitzender wie Amtsanwalt den Genossen Scholich als Vertreter des Angeklagten nicht zulassen. Vergeblich berief sich unser Genosse darauf, daß nach der Strafprozeß-Ordnung über die Zulassung anderer Personen als der Rechtsanwälte das Gericht entscheiden könne; es liege also sehr wohl die Möglichkeit vor, ihn zuzulassen. Scholich wurde abgelehnt; doch als er trotzdem den Saal nicht verließ — er begab sich in den Zuhörerraum — da besann sich der Vorsitzende und erklärte, um die Sache heute zu Ende zu führen, wolle er im Einverständnis mit den Schöffen den Genossen Scholich zulassen. Der Amtsanwalt protestierte heftig gegen diese Entscheidung; es half ihm indessen nichts, der Gerichtshof blieb bei seinem Entschluße. Nun ersuchte der Amtsanwalt, genau die Personalien des Genossen Scholich festzustellen, da er diesen wegen **Nichtanmeldung des Gewerbes zur Rechenschaft** ziehen werde.

Nachdem auch dieses geschehen, konnte endlich mit der Verhandlung begonnen werden. Der Genosse Scholich begründete kurz die Haltlosigkeit der Anklage, da die vier Genossen Flugblätter **in geringen Mengen**, mit **einer Hülle verdeckt, unter dem Arm trugen**, und **diese nur außerhalb der Kirchzeit verbreiteten**, und ersuchte um Freisprechung. Darauf begann die Vernehmung der beiden Zeugen. Der erste, der Wachtmeister **Stamin** aus Lampersdorf, erzählte, daß er zu Hause mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt war, als ihm gesagt wurde, daß Sozialdemokraten Flugblätter verteilen. Er ging sofort hinaus und sah, wie zwei Männer durch den Hof des Dominiums ausrückten, als sie ihn bemerkten. Er nahm sofort ein Flugblatt und sah gleich nach dem Lesen der ersten Zeilen, daß das Flugblatt **nichts taugte und nur aufhetzte**. Er telephonierte sofort an den Amtsrat Weber in Fürstlich-Ellguth, daß sozialdemokratische Flugblattverteiler nach Wilhelminenort kommen, die festgenommen werden sollen. Sodann nahm er sich sein Rad und verfolgte die zwei Flugblattverteiler. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er bemerkt hat, daß durch die Flugblatt-Verteilung die Leute erregt waren und einen Auflauf oder dergleichen verursacht haben, verneinte er das letztere, jedoch sei die Erregung sehr groß gewesen. Auf die Frage des Genossen Scholich, wer erregt war, meinte er: ein Bauer, den er sprach, hätte sich geärgert, außerdem war er selber auch sehr aufgebracht über das [illegible], und [illegible] in seiner Sonntags-Andacht gestört, ganz besonders, weil die Flugblätter **während der Kirchzeit** verbreitet wurden. Genosse Scholich: „Herr Wachtmeister, haben Sie es selbst gesehen und können Sie es beweisen, daß während der Kirchzeit von denselben Leuten, die in Wilhelminenort angehalten worden sind, Flugblätter verbreitet wurden, und um welche Zeit war das?" **Zeuge**: „Jawohl, ich habe es selbst gesehen und kann beweisen, daß die Leute um 10½ Uhr Flugblätter verteilt haben." Genosse **Scholich**: „Vorher haben Sie selbst gesagt, daß Sie **sofort das Rad genommen** und die Leute verfolgt haben; nach Ihrer eigenen Angabe ist es von Lampersdorf, wo Sie die Leute gesehen haben wollen, bis Wilhelminenort, wo sie angehalten wurden, höchstens ½ Stunden zu Fuß, mit dem Rad für höchstens eine Viertelstunde. Als Sie nach Wilhelminenort kamen, waren die Leute schon von dem dortigen Gemeinde-Vorsteher festgenommen; das war aber um 2 Uhr Nachmittags. Wie erklären Sie sich da die Differenz?" **Amtsanwalt und Vorsitzender** zugleich: „Ja, das kann wohl vorkommen, daß sich der Zeuge in der Zeit irrt, so genau hat er sich das nicht gemerkt." Der Zeuge schwieg. Nun wurde der zweite Zeuge, Gemeindevorsteher **Lattner** aus Wilhelminenort, vernommen, der aussagte, daß er von einer Erregung der Leute nichts bemerkt habe, er hätte überhaupt nichts gesehen, wenn nicht der Telefonruf des Herrn Amtsrat gekommen und ihm den Auftrag erteilt hätte, die sozialdemokratischen Flugblattverteiler **zu verhaften** (! D. R.), was er dann auch getan hat.

Damit war die Zeugenvernehmung beendet und der Amtsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung. Genosse **Scholich** beantragte kostenlose Freisprechung der Angeklagten. Nach langer Beratung verkündete endlich der Vorsitzende das Urteil, wonach die Angeklagten der Uebertretung für **schuldig** befunden und auf eine **Geldstrafe von je 2 Mark** oder einen Tag Haft und Tragung der [illegible] Kosten gegen sie erkannt worden sei. Zur Begründung führte der Vorsitzende aus, daß der Gerichtshof der Aussage des [illegible] beigemessen und angenommen habe, daß durch das Verbreiten der Flugblätter am Sonntage während der Kirche [illegible] Aergernis unter der Landbevölkerung verursacht worden ist und sie [illegible] auch sehr erregt [illegible]. [illegible] daß es **gerade sozialdemokratische Flugblätter waren**, die verteilt wurden. Jedoch erschien die Strafe von 6 Mark zu hoch, weshalb auf eine solche von nur 2 Mark erkannt wurde. Gegen dieses Urteil werden unsere Genossen, wie wir hören, noch auch Berufung einlegen, [illegible] Zeugen des [illegible] können, daß sie während der Kirchzeit, die um [illegible] Uhr [illegible] Flugblätter verteilt haben. Auf den Ausgang dürfte man gespannt sein.